

Sehr geehrtes Mitglied,

die Sommerpause liegt nun hinter uns, und ich begrüße Sie zur Septemбераusgabe unseres Bulletins. An dieser Stelle möchte ich Ihnen einen Überblick über die Veranstaltungen der kommenden Monate geben.

In dieser Ausgabe liegt der Schwerpunkt auf der öffentlichen Meinung in der EU. Im *Collins English Dictionary* wird die öffentliche Meinung als *Meinung oder Einstellung der Öffentlichkeit zu einer bestimmten Angelegenheit* definiert. Heutzutage spielen die sozialen Medien bei der Meinungsbildung die größte Rolle, während Zeitungen und andere traditionelle Kommunikationsmittel immer mehr an Bedeutung verlieren. Die öffentliche Meinung hat großes Gewicht in unserer Gesellschaft. Schon Blaise Pascal erkannte, dass Macht die Welt regiert, aber dass die öffentliche Meinung sich dieser Macht bedient. Wir haben wichtige Akteure der europäischen Politik und ehemalige Kollegen gebeten, Beiträge zu diesem Thema zu verfassen.

Ein Teil des Bulletins ist außerdem den Aktivitäten des VEM gewidmet: Dabei sind die Berichte einiger VEM-Mitglieder hervorzuheben, die an unserem Programm „EP am Campus“ teilgenommen haben. Im Rahmen dieses Programms lassen ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments Hochschulen an ihrem Wissen und ihrer Erfahrung teilhaben und vermitteln den Studierenden Einblicke in den unionspolitischen Alltag. Den positiven Rückmeldungen der Hochschulen und der ehemaligen Mitglieder ist zu entnehmen, dass die Gelegenheiten zum Dialog und Gedankenaustausch für die Studenten sehr hilfreich sind, da sie sich so ein eigenes Bild von europäischen Angelegenheiten machen können.

Beim FP-AP-Treffen vom 24. bis zum 26. Mai in Brüssel vertraten Brigitte Langenhagen und Jean-Pierre Audy den VEM, um unser Netz ehemaliger Mitglieder zu stärken. Außerdem nahm unser Vizepräsident Jan-Willem Bertens am 25. und 26. Juni in Washington am Jahrestreffen des Vereins ehemaliger Mitglieder des Kongresses der USA teil. In diesem Bulletin wird in Wort und Bild von diesen Veranstaltungen berichtet.

Unsere Bemühungen um die Förderung der Demokratie stellte unser Mitglied Filip Kaczmarek bei der neunten Generalversammlung der Weltbewegung für Demokratie vor, die vom 6. bis 9. Mai in Dakar stattfand. Seine Eindrücke schildert er in dem Teil des Bulletins, der den Aktivitäten des VEM gewidmet ist.

Ein kleiner Ausblick: Unsere nächste jährliche Studienreise an die Elfenbeinküste ist für die Zeit vom 30. September bis zum 4. Oktober geplant. Wie üblich wird sich die Delegation des VEM dort mit wichtigen politischen Akteuren und Vertretern der Zivilgesellschaft und der Medien des Gastlandes treffen.

Unsere Reise nach Österreich, das derzeit den Vorsitz des Rates der Europäischen Union innehat, findet vom 28. bis zum 30. Oktober statt. Im Rahmen des Aufenthalts sind Treffen mit Vertretern des Parlaments und der Regierung, mit dem Bürgermeister von Wien und mit dem Generalsekretär der OSZE vorgesehen. In der Dezemбераusgabe folgt dann ein vollständiger Bericht über beide Reisen.

Unsere jährlichen Veranstaltungen in Brüssel finden am 28. und 29. November 2018 statt. Es freut mich, Ihnen mitteilen zu können, dass Carlos Moedas, für Forschung, Wissenschaft und Innovation zuständiges Mitglied der Kommission, bei unserem jährlichen Abendessen als Hauptredner auftritt. Außerdem erwarten wir wieder hochrangige Redner bei unserem jährlichen Seminar, bei dem es dieses Jahr darum geht, wie ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments und Unionsbürger dazu beitragen können, die Begeisterung für das europäische Aufbauwerk auf der Grundlage des europäischen Ideals neu zu entfachen. Im Laufe der nächsten Wochen erhalten Sie weitere Informationen über diese Veranstaltungen, und auch ein Anmeldeformular wird Ihnen bereitgestellt.

Ich freue mich darauf, möglichst viele von Ihnen bei den kommenden Veranstaltungen begrüßen zu dürfen.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Gert PÖTTERING
Président de l'AAD

Horizont Europa: eine neue Chance für die Forschung und Innovationen in Europa

„Horizont Europa“, der neue Vorschlag der Europäischen Kommission für das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation für den Zeitraum 2021-2027, liegt nun dem Europäischen Parlament zur Prüfung vor.

Diejenigen von uns, die davon überzeugt sind, dass mit Investitionen in Wissenschaft und Innovationen in die bestmögliche Zukunft Europas investiert wird, und die sich mächtig ins Zeug gelegt haben, damit das geltende Rahmenprogramm „Horizont 2020“ über ein größeres Budget verfügt, freuen sich, dass das Budget nach dem Vorschlag der Europäischen Kommission für „Horizont Europa“ auf 100 Milliarden Euro aufgestockt werden soll.

Während mit „Horizont 2020“ die Grundlagen für den Übergang zu einer dynamischen und wettbewerbsfähigen wissensbasierten Wirtschaft mit dem Fokus auf drei Prioritäten (wissenschaftliche Exzellenz, Industriepolitik auf der Grundlage von Innovationen und gleichzeitig innovative Antworten auf die gesellschaftlichen Herausforderungen, die die Bürger am meisten beschäftigen) gelegt wurden, sollte sich „Horizont Europa“ auf die Verbesserung unserer Innovationsfähigkeit sowie darauf konzentrieren, dass Forschung und Innovationen eine größere Wirkung auf die Gesellschaft entfalten.

Die Kommission schlägt die Einrichtung eines Europäischen Innovationsrates zur Steuerung einer umfassenden Innovationspolitik der Europäischen Union vor, der nicht nur die innovativen Kräfte durch die Bereitstellung der erforderlichen Instrumente wirksam unterstützen, sondern sich auch für eine Kultur und ein Umfeld einsetzen soll, die der Innovation und Kreativität förderlich sind.

Wir benötigen ein offenes und dynamisches Umfeld, das dann zwangsläufig neue Akteure hervorbringen wird. Es ist allgemein anerkannt, dass der Motor der Innovation nicht mehr nur in technologischen Prozessen zu finden ist, wie es im Industriezeitalter der Fall war. Menschen und Gemeinwesen sind wichtige Innovationsquellen, und deshalb ist es wichtig, ihnen die beste Ausbildung und die besten Instrumente zukommen zu lassen, damit sie ihr ganzes Potenzial entfalten und aktiv an Innovationsprozessen teilnehmen können, insbesondere an solchen, die darauf abzielen, Lösungen für die großen sozialen Herausforderungen zu finden, die sie unmittelbar betreffen.

Um einen größtmöglichen Beitrag zur Lösung der großen sozialen Herausforderungen und einer größeren industriellen Wettbewerbsfähigkeit in der EU insgesamt zu leisten, sieht der Kommissionsvorschlag für „Horizont Europa“ aufgabenorientierte Projekte mit mutigen und ehrgeizigen Zielen vor, die sich der Mitwirkung und Unterstützung der Bürger erfreuen und einen klaren europäischen Mehrwert bieten, wenn es darum geht, die Lösungen für die Probleme anzugehen, die unser tägliches Leben betreffen.

Und gleichzeitig muss die Exzellenz unserer Wissenschaft und unserer Forscher weiter unterstützt werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass bestehende Talente in Europa vergeudet werden oder sich wegen mangelnder Möglichkeiten gezwungen sehen, Europa zu verlassen. Daher sollten im Rahmen von „Horizont Europa“ alle Maßnahmen verstärkt werden, die darauf abzielen, dass wir eine große Anziehungskraft auf die besten Forscher ausüben, die dann bei uns bleiben und von uns ausreichend gefördert werden. Der Europäische Forschungsrat muss sein Budget für die Finanzierung der Pionierforschung weiter erhöhen, damit Spitzenkräfte aus der Wissenschaft an Projekten mit einem hohen Risiko arbeiten können, da gerade in diesen Projekten auch ein großes Innovationspotenzial steckt. Der Europäische Forschungsrat wird außerdem unsere jungen Forscher in besonderem Maße unterstützen müssen, unter anderem durch die Aufstockung der Mittel für die Marie-Curie-Maßnahmen, um denjenigen, die unter den Kürzungen zu leiden hatten, die einige Mitgliedstaaten in den Krisenjahren in ihrer Förderpolitik fälschlicherweise vorgenommen haben, neue wichtigen Impulse geben zu können.

Wenn unser Ziel als Europäer ein starkes und ausgezeichnetes Wissenschafts- und Innovationssystem ist, kann dieses Ziel nicht im stillen Kämmerlein verfolgt werden. Zu diesem Zweck muss es unbedingt einen wirksamen Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft über „Horizont Europa“ geben. Mit der Priorität „Wissenschaft für die Gesellschaft und mit ihr zusammen“ wurde bereits im Rahmen von „Horizont 2020“ der Weg für eine Verbesserung dieses Dialogs geebnet, aber dafür werden künftig noch mehr Mittel benötigt. Wenn die Wissenschaft eine Priorität für öffentliche Investitionen sein soll, müssen die Bürger ihre Werte teilen und ihren Beitrag zu Wissen und Fortschritt anerkennen.

Die endgültige Fassung von „Horizont Europa“ wird das Ergebnis einer zweijährigen intensiven legislativen Arbeit sein, in der das Europäische Parlament kraft der ihm durch den Vertrag übertragenen Befugnisse sein Ziel eines starken und wettbewerbsfähigen europäischen Systems von Forschung, Entwicklung und Innovation in Verhandlungen mit dem Rat durchsetzen muss, der für gewöhnlich bestrebt ist, die Kosten zu senken. Wir wünschen den Berichterstattern viel Erfolg!

Teresa Riera Madurell, Universität der Balearen, Mitglied der hochrangigen strategischen Beratergruppe von Sachverständigen für Forschung und Innovationen (RISE HL) des Mitglieds der Europäischen Kommission Carlos Moedas, ehemaliges MdEP und Berichterstatterin zu Horizont 2020.

Europa muss jetzt die Knoten im Netz lösen

In Europa predigen wir seit 2000 (und werden dies auch künftig tun): Dass es keine Vorschriften zur Nutzung von IT-Systemen gibt, hat zu gefährlichem Missbrauch geführt. Leider haben wir damit einmal mehr völlig zu Recht auf eine Gefahr hingewiesen und im Bemühen um die Verteidigung der Rechtmäßigkeit und der Freiheit aller versucht zu verhindern, dass Informations- und Kommunikationssysteme zugelassen werden, die nicht doch einem Mindestmaß an Regulierung und Datenschutz entsprechen.

Wir wussten, dass gerade in unserer globalisierten Welt das Fehlen gemeinsamer Regeln zu Machtmissbrauch und zur Manipulation der Nachrichten und des Bewusstseins geführt hat, und auch die Unfähigkeit, Nachrichten richtig zu deuten, hat Verwirrung verursacht: Falsches wurde für wahr gehalten. Leider ist Europa taub für die Rufe derer aus dem Parlament, die forderten, gegen das Problem vorzugehen, und es ist blind für die Beweise, die Jahr für Jahr aufs Tapet gekommen sind.

Im Netz bewegen sich ungestört Terroristen auf der Suche nach Anhängern, Personen, die anderen beibringen, wehrlose Menschen zu töten, Kriminelle verschiedenster Art, Waffen- und Menschenhändler, Drogendealer und andere, die mit gefälschten Medikamenten handeln, Pädophile, die Missbrauch betreiben, Stalker und Betrüger, aber auch Kinder, die Betäubungsmittel gekauft und sich von erotischen Spielchen haben einwickeln lassen, weil sie mit dem Mythos des Stalking und der Gewalt aufgewachsen sind – die Zahl der Opfer ist ebenso unermesslich wie die Schäden, und das nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht.

Erst nachdem die Daten von Millionen Menschen gestohlen wurden, haben Entwickler, Systembetreiber und Regierungen nun angefangen, über Vorschriften zu diskutieren, mit denen die Freiheit des Netzes und das Recht von Einzelpersonen, Staaten und Unternehmen auf Datenschutz gewahrt werden können. Wir hoffen, dass Europa seine Meinung laut und deutlich kundtut und dann auch in der Lage ist, den Worten Taten folgen zu lassen.

Das Schöne am Netz – nämlich, dass es entfernte Welten in Verbindung bringen, die Kultur fördern, der Ignoranz und diktatorischen Regimen entgegenwirken, Möglichkeiten der sanitären und humanitären Hilfe steigern und den Austausch von Ideen und Hoffnungen verbessern kann – wird zum Großteil dadurch ausgehöhlt, dass es keine gemeinsamen Vorschriften gibt, was zu der Nutzung der IT-Systeme für kriminelle Machenschaften, der Manipulation von Bankdaten, Krisen bei Flughafensystemen, Eingriffen in die Nachrichtendienste der Staaten bis hin zur Änderung der politischen und institutionellen Rahmenbedingungen und zur maßlosen Bereicherung derer führt, die mit ihren genialen Einfällen ein Geschäft mit der Rechtswidrigkeit gemacht haben. Und der größte Witz ist, dass die Steuerzahler auf nationaler und europäischer Ebene Beauftragte für Datenschutz bezahlen!

Die jüngsten Ereignisse rund um Facebook, das externen Unternehmen erlaubt hatte, die Adressen von Millionen Anwendern zu nutzen, ist ein Alarmsignal, das keiner mehr überhören kann. Die Anhörungen im US-Senat und dem Repräsentantenhaus mit dem Geschäftsführer von Facebook brachten an den Tag, dass die Fragesteller die digitale Plattform, über die sie redeten, gar nicht kannten und daher umso weniger Ahnung von den Problemen mit den sozialen Netzwerken hatten. Dennoch bleibt die Frage nach der Regulierung des Netzes ein Problem, das es zu lösen gilt. Die Gesetzgeber können sich nicht weiter desinteressiert zeigen, bis vielleicht ein neuer Skandal eintritt, der einen Aufschrei in der Öffentlichkeit verursacht. Je eher sie sich um das Problem kümmern, desto besser für alle.

Cristiana Muscardini

Europäisches Jahr des Kulturerbes

Im Jahr 2018, dem Europäischen Jahr des Kulturerbes („European Year of Cultural Heritage“ – EYCH), lassen uns die europaweiten Informations- und Aufklärungsveranstaltungen erkennen, wie wir unser Erbe teilen können. Ein Ziel des EYCH besteht darin, während der Internationalen Dekade für die Annäherung der Kulturen (2013–2022) Brücken zu schlagen.

Wir leben in einer Welt dramatischer – und hoffentlich fortschrittlicher – Veränderungen. Anlässlich des EYCH rücken wir unsere Unterschiede in den Blickpunkt, die jedoch durch einen Bruch im Konzept der nationalen Identität im Verhältnis zu universellen Maßstäben ständig hinterfragt werden. Es erweist sich als entscheidend, an Prozessen oder Aktivitäten, die über dieses Unvermögen hinausgehen, teilzunehmen oder zumindest Interesse daran zu zeigen.

Unsere Unterschiede dürfen nicht als Stolpersteine für unsere interkulturelle Kommunikation begriffen werden, sondern vielmehr als Inspiration, Innovation und Verbundenheit.

Die Fülle des Vermächtnisses wird an die nächsten Generationen weitergereicht. Es bleibt zu hoffen, dass sie darauf aufbauend eine Antwort finden werden auf die Frage, welche Zukunftsvision mit Blick auf ein gemeinsames und gegenseitig respektiertes Erbe und auf entsprechende Werte entworfen werden sollen.

Es ist das geistige Kapital, das Menschen und Gemeinschaften aus der Vergangenheit in die Zukunft überführen. Es handelt sich weder um „intelligente“ Raketen noch um Waffen, weder um Gold noch um Öl. Es geht nämlich um viel mehr.

Es geht um die Achtung vor den Sensibilitäten der Nationen, vor der Vielfalt der Menschen und ihrer Lebensgeschichte... Es geht um Aufgeschlossenheit, um Empathie und möglichst um einen gerechten Ausgleich. Es geht um die Aufklärung –, und Schriften, frühzeitliche Geschichten und historische Landschaften vermitteln uns dies.

Alljährlich wird am 24. Mai der Tag des kyrillischen Alphabets, der slawischen Sprache und des slawischen Kulturerbes begangen. Heutzutage nutzen über 300 Millionen Menschen weltweit dieses Alphabet. Im Jahr 1980 wurden zwei Brüder – Kyrill (mit eigentlichem Namen Konstantin), der Philosoph, und Method, der die Grundlagen des Alphabets im 9. Jahrhundert gelegt hatte –, von Papst Johannes Paul II. zu den Mitpatronen Europas erhoben. Die Handlung drückte die Hoffnung aus, dass die Spaltungen zwischen Nationen und Menschen in Europa und weltweit überwindbar sind.

Zur Zeit des EYCH sind 1155 Jahre seit der Ankunft der beiden Lehrer in Großmähren vergangen, die den Anstoß für einen wesentlichen Teil ihrer Lebensaufgabe gab, eine Schrift zu erfinden, eine neue Sprache für liturgische und literarische Zwecke einzuführen und eine Schule zu gründen. Ihre Schüler entwickelten das Alphabet weiter, das in den „mysteriösen Zeichen“ der beiden Brüder im Bulgarien des 9. Jahrhundert seinen Ursprung hatte. Durch das ehrgeizige Unterfangen gelang es schließlich, die verschiedenen Gruppen in der Gesellschaft zu integrieren, sie lernten füreinander einzustehen.

Die Schaffung eines Gemeinschaftsgefühls und eines gemeinsamen Erbes erweist sich möglicherweise als zentraler Baustein für das soziale Gefüge Europas, das durch das EYCH gefestigt werden soll. Diese Gelegenheit lässt auf Verständnis und gegenseitigen Respekt hoffen. Sie würde auch ein wachsendes Interesse für Themen bezeugen, die Menschen und Gemeinschaften am Herzen liegen.

Die Vielzahl an Krisen und Schwierigkeiten, mit denen Menschen in den letzten Jahren weltweit konfrontiert sind, sollten uns – während des EYCH und darüber hinaus und über die Zusammenarbeit mit Drittländern – dazu motivieren, überzeugendere und innovativere Wege zu begehen, die sich Nationen bisweilen ausdenken, um Brücken zueinander zu schlagen. Das Bestreben sollte neue Räume eröffnen und redlich, wahrhaftig und schlüssig sein. Diese Charakteristiken erfordern, folgenden essenziellen Grundsatz anzuerkennen:

„Aufgrund der uns innewohnenden Würde sind wir alle gleich.“

Mariela Baeva,

aufgeführt in der Global Diversity List des *Economist*.

9. Mai 2018: Auch für Europa gilt: „Man muss nicht hoffen, um zu handeln, und auch keinen Erfolg haben, um dennoch beharrlich weiterzumachen.“

Am Dienstag, den 8. Mai 2018, dem Jahrestag des Endes des größten Weltkonflikts in der Geschichte der Menschheit, zündete der Präsident der Vereinigten Staaten eine neue Lunte im Nahen Osten an, indem er das Atomabkommen mit dem Iran in Stücke riss, auf die Gefahr hin, die Region und damit auch Europa und die ganze Welt in Brand zu setzen. Dies geschah ohne Rücksicht auf Europa, das einen hohen Preis dafür zahlen wird, und es war auch für all diejenigen ein Schlag ins Gesicht, die noch nicht begriffen haben, wie wenig Trumps Lächeln wert ist und wie wenig Wertschätzung er Europa entgegenbringt.

Leider befürchte ich, dass sich unser Präsident in Frankreich dessen trotz der brutalen Maßnahmen gegen europäische Exporte in die Vereinigten Staaten, die jetzt bestätigt wurden, noch nicht bewusst ist.

Auf die herrische und gefährliche Arroganz des Amerika von Herrn Trump gibt es nur eine Antwort: ein starkes und geeintes Europa.

Am 9. Mai 2018, dem Tag, der Europa in Erinnerung an Robert Schumanns Erklärung vom 9. Mai 1950 gewidmet ist, habe ich daran erinnert, dass wir und ich unser Bekenntnis zu Europa bekräftigen müssen.

Es ist das europäische Aufbauwerk, das es uns ermöglichte, dem Schicksal zu entgehen, als zwischen der UdSSR und den Vereinigten Staaten aufgeteilte Kolonien zu enden.

Es ist das europäische Aufbauwerk, das uns 73 Jahre in Frieden ermöglicht hat. Es ist das europäische Aufbauwerk, das zur Wiedervereinigung West- und Osteuropas führte.

Wenn es der Europäischen Union morgen gelingt, sich zusammenzureißen, um wieder zu einer echten Hoffnung für ihre Völker zu werden, und sich eines „totalen Wirtschaftsliberalismus“ und einer „Marktwirtschaft ohne Regelungen und ohne gemeinsame soziale und steuerliche Regeln“ zu entledigen, um endlich eine große politische, gesellschaftliche und kulturelle Macht für seine Bürger zu werden, dann wird es uns vielleicht gelingen, nicht zwischen den Vereinigten Staaten eines Donald Trump und dem Russland eines Vladimir Putin sowie einer Türkei von Herrn Erdoğan zerrieben zu werden.

In diesem Jahr, ein Jahr vor der nächsten Europawahl, möchte ich mit meinen Erfahrungen als Europapolitiker noch einmal betonen, dass unheimlich viel auf dem Spiel steht und dass wir es alle begreifen und entsprechend handeln müssen.

Wiederholte Treffen der Staats- und Regierungschefs der einzelnen europäischen Länder mit Herrn Trump reichen bei weitem nicht aus, um Europa neues Leben einzuhauchen.

Es ist notwendig, wieder „einen harten Kern“ zum Ausgangspunkt zu nehmen, ohne dass dabei einer dem anderen seinen Willen aufzwingt, sich bei den wesentlichen Punkten zu einigen und weniger Wichtiges außer Acht zu lassen, aufhören, um jeden Preis Einstimmigkeit von allen 28 Mitgliedsländern einzufordern, jedoch sie alle an unsere Werte erinnern, ohne dass dabei Abstriche in der jeweiligen nationalen Politik gemacht werden.

Das ist die wichtigste Aufgabe für das kommende Jahr!

Emmanuel Macron, der französische Präsident, hatte ein Jahr lang die Chance, in diese Richtung etwas zu bewegen, wobei die Voraussetzungen für einen Erfolg günstig waren. Leider hat er versagt.

Im Übrigen glaube ich aber dennoch daran, dass man aus Fehlern lernen und eine zweite Chance bekommen kann.

„Man muss nicht hoffen, um zu handeln, und auch keinen Erfolg haben, um dennoch beharrlich weiterzumachen“.

Gérard Caudron

Mit dem Fahrrad nach Straßburg 2018

Im Jahr 2002 begann ich im Europäischen Parlament als Abgeordneter der flämischen Grünen, und als Werbung für die Option, den Weg zur Arbeit mit dem Rad zurückzulegen, radelten meine Frau und ich in fünf Tagen mit Gepäck, zu dem auch ein kleines Zelt gehörte, von Brüssel nach Straßburg.

2003 organisierte ich eine parteienübergreifende Fahrradfahrt nach Straßburg für Mitglieder und Personal. Daran nahmen mehr als zehn Mitglieder teil; das Gepäck wurde mit einem samt Fahrer vom Parlament gestellten Lieferwagen befördert. Die Aktion sollte also als Protest gegen den monatlichen Wanderzirkus des Parlaments nach Straßburg und die damit verbundenen gewaltigen Kosten (an Geld und CO₂) gesehen werden.

2008 organisierten ein paar Mitarbeiter des Parlaments die erste Strasbourg-By-Bike-Fahrt (SBB) für Rennräder.

In diesem Jahr fand sie zum zehnten Mal statt, und sie schlugen mir vor mitzufahren. Das ließ ich mir nicht zweimal sagen. Es war eine wunderbare Erfahrung. Sie sind sehr gut organisiert: Für Gepäck, Bananen und Wasser haben sie einen Lieferwagen.

Jeden Tag werden ein paar Zwischenhalte eingelegt, und wir übernachteten in kleinen Hotels. Dieses Jahr waren wir zu 22, vier Frauen und 18 Männer. Am Freitag, dem 29.,

um 9.00 Uhr fuhren wir in Brüssel am EP los. Es waren Leute aus Finnland, Lettland, Rumänien, Deutschland, den Niederlanden, Frankreich, Belgien und sogar Norwegen dabei.

Wir fuhren in drei nach Geschwindigkeit gestaffelten Gruppen; ich gehörte der langsamsten Gruppe an.

Am ersten Tag ging es 143 km weit nach Chimay, hauptsächlich flach an Kanälen und einer alten Eisenbahnstrecke (Ravel) entlang.

(Bei dieser Ausgabe war übrigens Trappistenbier das Motto.)

Die zweite Etappe nach Orval war „nur“ 122 km lang, aber sehr hügelig und heiß. Durch die Hitze war das Fahren sehr beschwerlich.

Der schwerste Tag war der dritte (Sonntag), an dem wir die Rekorddistanz von 216 km zurücklegten: Wir fuhren morgens um 6.30 Uhr los und kamen abends um 21.00 Uhr an. Ein sehr langer Tag, und zwischendurch hatte ich eine Reifenpanne. In Orval gestartet, aßen wir in Metz zu Mittag und fuhren weiter bis nach Sarrebourg in Lothringen.

Der letzte Tag war leicht: nur 97 km, größtenteils den Kanal entlang, bis nach Straßburg, wo wir um 14.30 Uhr eintrafen.

Dort wurden wir von keiner Blaskapelle begrüßt, sondern die Radler gingen duschen und dann zur Arbeit.

Nach der Arbeit tranken wir ein paar Biere in der Schwanenbar – und Belgien gewann gegen Japan!

Ich bewundere die Organisatoren und alle Teilnehmer. Wir waren wirklich ein starkes Team.

Das ist wahrer europäischer Geist.

Vielen Dank dafür und bis nächstes Jahr!

Jan Dhaene

Ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments

Ohne wahrheitsgetreue Informationen keine Demokratie

Wir sind noch immer weit davon entfernt, uns über die Folgen des Brexits im Klaren zu sein. Der schwere Schlag infolge der Entscheidung der britischen Bürger brachte das Projekt der Europäischen Union in eine bislang unbekannte und dramatische Lage. Auch wenn die schlimmsten Auswirkungen dieser Entscheidung in den laufenden Verhandlungen gelindert werden können, wissen wir alle, dass die EU langfristig getroffen wurde und dass das Damoklesschwert des Domino-Effekts über ihr schwebt. Und inmitten dieses Dramas gibt es eine Frage, die wir uns alle, die wir fest an das Projekt eines geeinten und pluralistischen Europa glauben, stellen: Hätten die Briten mit dem gleichen Ergebnis abgestimmt, wenn sie über wahrheitsgetreue Informationen darüber verfügt hätten, was es wirklich bedeutet, der EU anzugehören? Wenn es das schreckliche Spiel aus demagogischen Lügen und Anschuldigungen nicht

gegeben hätte, von dem auch die meistgelesenen Zeitungen mitgerissen worden waren? Viele von uns denken, dass dies nicht der Fall gewesen wäre.

Die Debatte im Vereinigten Königreich über die Entscheidung über einen Austritt oder einen Verbleib in der Europäischen Union war in einer Spirale aus Unwahrheit verfangen, an der skrupellose Journalisten und demagogische Politiker mitwirkten. Das Ergebnis war verheerend. Der Brexit ist leider nur einer von vielen Fällen dieser Art in der (nicht nur jüngeren) Geschichte. Kriege, die mit dem angeblichen Besitz von Massenvernichtungswaffen begründet wurden, oder Invasionen, die mit nicht vorhandenen Provokationen gerechtfertigt wurden, erinnern uns daran, wie anfällig die öffentliche Meinung gegenüber gezielter Manipulation ist. Durch die neuen Kanäle zur Verbreitung von Nachrichten und insbesondere durch die sozialen Medien sind die Bürger gegenüber unbegrenzt verbreiteten Fehlinformationen und Lügen noch anfälliger geworden. Es lässt sich sagen, dass die Fähigkeit zur Lüge und Manipulation der öffentlichen Meinung nicht länger das Monopol politischer oder journalistischer Macht ist. Dank des Einflusses der Netzwerke sind auch mehr oder minder organisierte Gruppen in der Lage, einen Meinungszustand zu generieren, der auf Falschdarstellungen beruht. Die Lüge hat sich „demokratisiert“.

Die Lage ist daher sehr besorgniserregend und stellt die Demokratie auf eine sehr harte Probe. Öffentliche Stellen müssen – stets in Verbindung mit den Bürgern, Journalistenverbänden, Universitäten und anderen beteiligten Gruppen – bewährte Verfahren im Journalismus sicherstellen und gewährleisten, dass öffentliche Medien für die Bürger ein pluralistisches und hochwertiges Informationsangebot bereitstellen. Dabei handelt es sich um eine grundlegende Säule der Demokratie, die – wenn sie in keinem guten Zustand ist – erodiert und das gesamte System mit in den Abgrund reißen kann. Dies ist keine leichte Herausforderung, da gleichzeitig auch die Meinungsfreiheit gewährleistet werden muss, die in diesem unserem Europa hart erkämpft werden musste und in vielen Teilen der Welt auch heute noch ein Traum ist. Es dürfen keine „Kontrollmechanismen“ Anwendung finden, durch die rechtmäßige Kritik und Beschwerde aufs Spiel gesetzt werden könnten.

Das Gleichgewicht, wahrheitsgetreue Informationen zu gewährleisten und zugleich die Meinungsfreiheit nicht zu beeinträchtigen, stellt zweifelsohne eine Herausforderung für die Lenker der sog. Informationsgesellschaft dar, die sich leicht in eine „Lügendesellschaft“ wandeln kann. Zu den grundlegenden Aspekten zählen die Aufklärung der Bürger im Bereich der Kommunikation, die Schulung von Studenten in Bezug auf Techniken zur Schaffung von öffentlicher Meinung sowie Grundnormen, Quellen und Differenziertheit, die jeglichen Informationen zugrundeliegen müssen, wenn diese wahrheitsgetreu und vertrauenswürdig sein sollen. Das 21. Jahrhundert wird als das Jahrhundert der massiven Manipulation in die Geschichte eingehen, wenn wir nicht rechtzeitig handeln und Bürger darin schulen, kritisch zu sein und fähig, Informationen von gezielten Lügen zu unterscheiden.

Jordi Sebastià

Ehemaliges MdEP und Journalist

Aktuelle entwicklungen der öffentlichen meinung

Das Referat Beobachtung der öffentlichen Meinung führt seit 2007 Eurobarometer-Umfragen für das Europäische Parlament durch. Weniger als ein Jahr vor der kommenden Europawahl zeigt die jüngste Eurobarometer-Umfrage, dass die Zahl der Bürger, die sich für die Europäische Union aussprechen, stetig wächst.

Die Eurobarometer-Umfragen haben in der Vergangenheit auf die Frage, ob die Bürger die Mitgliedschaft in der Europäischen Union befürworten, stets mehrheitlich positive Antworten ermittelt. 2018 stieg dieser Zustimmungswert sprunghaft auf 60 % der Bürger an. Wichtiger noch ist, dass 67 % der Befragten die Ansicht vertreten, dass die Mitgliedschaft für ihr Land von Vorteil ist. Dies ist der höchste Zustimmungswert für diesen Indikator seit 1983!

Zum ersten Mal seit zehn Jahren vertritt zudem eine Mehrheit der Befragten (48 %) die Auffassung, dass ihre Stimme in der EU von Bedeutung ist. Ein Blick auf die in der Vergangenheit erzielten Werte für diesen Indikator zeigt, dass diese positive Entwicklung in der zweiten Hälfte des Jahres 2016 begann, was darauf hinweist, dass das Ergebnis des Brexit-Referendums im Vereinigten Königreich viele Menschen alarmiert hat.

Auch bei den Auffassungen der Wähler zur kommenden Europawahl zeigen sich interessante Entwicklungen. In der gesamten EU betrachten die Bürger das Verfahren mit Spitzenkandidaten als wichtigen Eckpfeiler der Demokratie in der EU. 2014 waren die europäischen Wähler zum ersten Mal indirekt an der Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission beteiligt. Nach den Ergebnissen der jüngsten Umfrage fühlt sich beinahe die Hälfte der Bürger der EU-27 (49 %) stärker motiviert, an der kommenden Europawahl teilzunehmen, wenn es erneut ein Verfahren mit Spitzenkandidaten gibt. Das Verfahren mit Spitzenkandidaten wird eindeutig mit „mehr Transparenz“ (63 %), „einem bedeutenden Fortschritt für die Demokratie innerhalb der EU“ (61 %) und „mehr Legitimität für die Europäische Kommission“ (60 %) assoziiert. Gleichzeitig ist weniger als die Hälfte der Befragten der Auffassung, dass dieses Verfahren die Mitgliedstaaten daran hindert, den besten Kandidaten für die Position auszuwählen (46 %), oder der Meinung, dass es keine konkreten Auswirkungen haben wird (45 %).

Was sind die wichtigen Themen? Die Europäer wünschen sich, dass während des bevorstehenden Wahlkampfes Fragen der Sicherheit im umfassenden Sinne thematisiert werden und dabei auch der Themenbereich Immigration zur Sprache

kommt. Gleichzeitig sind ihnen auch Themen wichtig, die mit ihrem persönlichen Wohlstand und Wohlergehen zusammenhängen. 49 % der Europäer nennen den Kampf gegen den Terrorismus als wichtiges Wahlkampfthema; darauf folgen die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit (48 %), Immigration (45 %) und Wirtschaft und Wachstum (42 %). Etwa ein Drittel der Europäer weisen in diesem Zusammenhang auf die Bekämpfung des Klimawandels und den Umweltschutz (35 %) hin. Die Förderung von Menschenrechten und Demokratie und die soziale Absicherung von EU-Bürgern werden von 32 % der Befragten als vorrangig genannt. Die Europäer schätzen zudem die Demokratie sowohl auf der Ebene der EU als auch in ihrem eigenen Land, wobei sich allerdings die wirtschaftlichen Gegebenheiten direkt auf ihre Ansichten auswirken. Die Mehrheit der Befragten ist zwar weiterhin damit zufrieden, wie die Demokratie in ihrem Land (55 %) und in der EU (46 %) funktioniert, doch unterscheidet sich die Lage in den einzelnen Ländern. Dies wird noch offensichtlicher, wenn man das Niveau der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie zum BIP pro Kopf des jeweiligen Landes und zu seiner Arbeitslosenquote in Bezug setzt.

Zwischen 2013 und 2018 entstanden in den Mitgliedstaaten der EU mehr als 70 neue Parteien, von denen einige mit dem Protest gegen das politische Establishment erfolgreich waren. Auf die Bitte, unter mehreren Aussagen über diese Parteien und Bewegungen auszuwählen, hat sich die Hälfte der Befragten gegen die Aussage entschieden, dass diese Parteien oder Bewegungen eine Bedrohung für die Demokratie darstellen; nur etwa ein Drittel (38 %) ist der Auffassung, dass dies sehr wohl der Fall ist. 70 % der befragten Bürger erklären, dass es nicht genügt, einfach nur gegen etwas zu sein, und dass dies nichts verbessert. 53 % der Bürger vertreten die Meinung, dass neue Parteien und Bewegungen besser neue Lösungen entwickeln können als die etablierten Parteien, und 56 % glauben, dass sie eine echte Veränderung bewirken können.

In der Einstellung der Bürger gegenüber der Europawahl im Vergleich zu den Wahlen in den Mitgliedstaaten hat sich kaum etwas geändert: 68 % der Europäer erklären, dass die Teilnahme an den Wahlen in den Mitgliedstaaten „sehr wichtig“ ist, während nur 49 % dies über die Europawahl sagen. Zwölf Monate vor dem Wahltermin weiß knapp ein Drittel der Befragten (32 %), dass diese Wahl 2019 stattfindet, und die Hälfte der Befragten (50 %) erklärt, sich für die Europawahl zu interessieren.

Philipp M. Schulmeister

Leiter des Referats Beobachtung der öffentlichen Meinung

Fake News und ihr Einfluss auf Umfragen

Der Ausdruck „Fake News“ bezeichnet Nachrichten und Inhalte, die meist zu ganz anderen Zwecken als dem der Information produziert werden. Es gibt eine Klassifizierung von Fake News, nach der eine Nachricht als Propaganda, Verleumdung, Verschwörungstheorie, Falschmeldung zur Verschleierung von Tatsachen („Hoax“), gesponserter Inhalt („Clickbait“), Satire, „Hate Speech“ oder auch einfacher Fehler eingestuft werden kann.

Bei all diesen Nachrichten kommen spezielle Kommunikationsstrategien und verschiedene Verbreitungsinstrumente zur Anwendung. Die sozialen Netzwerke garantieren eine schnelle Verbreitung dieser Nachrichten auch mithilfe von IT-Werkzeugen (insbesondere „Bots“), die ihre massenhafte Publikation ermöglichen. Je größer die Verbreitungsgeschwindigkeit dieser Nachrichten ist, desto schwerer ist es für die Nachrichtenagenturen und Zeitungen, ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen, bevor sie darüber berichten.

Insbesondere in Wahlperioden häufen sich verdächtige Nachrichten, die auch lediglich durch die Manipulation von Bildern, Tonaufnahmen und Videos, die satirische Aufbereitung von wahren Nachrichten, die Angabe falscher oder nur schwer überprüfbarer Zahlen usw. erzeugt werden können. Angesichts dieser Vielfalt von Informationen (Texte und Multimedia), der Geschwindigkeit ihrer Verbreitung und der Menge der betroffenen Themen werden zunehmend Verfahren und Werkzeuge für den Faktencheck verwendet, die mithilfe künstlicher Intelligenz und Big-Data-Technologien breit angelegte Überprüfungen ermöglichen. Mit der Methode des maschinellen Lernens können Algorithmen trainiert werden, die typische Syntax fingierter Nachrichten zu erkennen, was zweifellos sehr viel effizienter ist als die Verwendung spezieller Algorithmen, die den schwer identifizierbaren informativen Gehalt erkennen sollen.

Der Faktencheck obliegt in erster Linie Journalisten, doch beginnen in letzter Zeit auch soziale Medien wie Facebook, Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen, indem sie digitale Werkzeuge zur Überprüfung von Fotos und Videos einsetzen, um die Menge der veröffentlichten fingierten und falschen Nachrichten zu verringern, die jüngst auch die Wahlkämpfe verschiedener Länder in Mitleidenschaft gezogen haben.

Auf der ganzen Welt breitet sich eine neue Form der Beeinflussung der öffentlichen Meinung aus: die Memes. Sie vereinfachen die zu übermittelnde Information maximal und sind darauf ausgelegt, leicht verständlich zu sein und unmittelbar das Interesse zu wecken. Sie können sehr viel schneller und einfacher in den sozialen Medien ausgetauscht werden als andere Inhalte. Um ihre Bedeutung verstehen zu können, muss man gleichzeitig Text und Bild interpretieren, was die Komplexität des Faktenchecks erhöht.

Eine wachsende Zahl koordinierter Untersuchungen verschiedener amerikanischer Universitäten belegt, dass der Ausgang der Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten 2016 durch die Rezeption von Fake News verfälscht wurde. Insbesondere geht aus einer von der Princeton University, dem Dartmouth College und der University of Exeter durchgeführten neueren Untersuchung aus dem Jahr 2018 hervor, dass ungefähr jeder vierte Amerikaner eine Website mit Falschmeldungen besucht hat,

wobei allerdings vor allem bei den Anhängern von Donald Trump eine Rezeption festzustellen war, da sie Nachrichten wählten, die ihre eigene Meinung bestätigten. Dieses Phänomen wird als *selektive Exposition durch Desinformation* bezeichnet. So haben 40 % der Anhänger von Donald Trump mindestens einen Artikel auf einer Website mit Falschmeldungen über Trump gelesen, was hingegen nicht auf die Anhänger von Hillary Clinton zutrifft.

Die Ära der Postfaktizität im Bereich der Politik und der Meinungsbildung stößt auf eine derart breite Akzeptanz, dass es im Oxford Dictionary einen Eintrag dafür gibt: „*In this era of post-truth politics, it's easy to cherry-pick data and come to whatever conclusion you desire*“ (In dieser Zeit der postfaktischen Politik ist es einfach, Daten herauszupicken und damit zu jeder gewünschten Schlussfolgerung zu gelangen).

Ironischerweise geht aus mehreren Umfragen hervor, dass infolge der in den sozialen Netzwerken verbreiteten Verschwörungstheorien die Mehrzahl der Amerikaner davon überzeugt ist, dass Fake News gerade von den etablierten Fernsehsendern und Zeitungen verbreitet werden! Aus diesem Grund kommunizieren zahlreiche Politiker mit ihrer Wählerschaft über Twitter. So weist beispielsweise die russische Botschaft in London einen digitalen Club auf, der den Twitter-Nutzern im Austausch gegen die Möglichkeit, ihren Account für den automatischen Retweet der offiziellen Tweets zu nutzen, „regelmäßige Preisausschreiben und Verlosungen von Prämien“ anbietet und sie sogar in die Residenz des Botschafters einlädt.

Es steht zu befürchten, dass das große technologische und gesellschaftliche Interesse, das Fake News aufgrund ihrer enormen Auswirkungen auf die gegenwärtige Realität wecken, noch mehrere Jahre im Vordergrund stehen wird, bevor dieses Phänomen eingedämmt wird, was nur durch die Sensibilisierung der Öffentlichkeit erreicht werden kann.

Monica Franceschini

Solution Architecture Manager - Données et analyses

Fake News découverte et propagation à partir de Big Data Analysis et d'intelligence artificielle Operations-FANDANGO

Les attitudes du public vis-à-vis du Brexit

Cela fera bientôt 16 mois que l'invocation de l'article 50 a marqué le début du retrait de la Grande-Bretagne de l'Union européenne. La confiance en la promesse d'obtenir un «bon accord pour la Grande-Bretagne», formulée par l'ancien ministre du Brexit David Davis, s'est progressivement dégradée. Pourtant, peu de signes probants indiquent que les électeurs ont changé d'avis sur le bien-fondé de leur vote.

Peu de temps avant l'invocation de l'article 50, le sondage mené par NatCen auprès d'une série d'échantillons aléatoires en février 2017 a déterminé qu'un tiers des électeurs (33 %) estimait que le Royaume-Uni obtiendrait un bon accord avec l'Union,

tandis qu'un pourcentage un peu plus élevé (37 %) pensait le contraire. Ces statistiques ont bien changé. En juillet 2017, le pourcentage d'électeurs estimant que le Royaume-Uni décrocherait un bon accord avait chuté à 25 %, et 44 % pensaient que le pays sortirait perdant des négociations. En octobre 2017, le taux de pessimisme avait encore augmenté: seuls 19 % pensaient que le Royaume-Uni négocierait un bon accord, alors que plus de la moitié (52 %) estimait le contraire. Les données les plus récentes, récoltées par ORB juste avant la démission de M. Davis et de son collègue du cabinet Boris Johnson, vont dans le même sens: une majorité claire de la population (56 %) pense désormais que Theresa May ne parviendra pas à obtenir «le bon accord pour la Grande-Bretagne», ce qui marque une hausse de 20 points de pourcentage depuis fin 2016.

Nos données montrent que ce pessimisme ne se limite plus à ceux qui souhaitent rester dans l'Union. Avant l'invocation de l'article 50, un peu plus de la moitié (51 %) des électeurs partisans du Brexit estimaient que les négociations sur le Brexit déboucheraient sur un bon accord pour le Royaume-Uni; en octobre 2017, ce pourcentage avait chuté à 28 %. Pourtant, peu de signes indiquent que les électeurs ont changé d'avis sur la sortie de l'Union. Divers instituts de sondage suggèrent que la petite majorité souhaitant quitter l'Union serait devenue une petite majorité souhaitant y rester. Mais ces éventuels changements de camp semblent résulter principalement des déclarations d'une proportion de personnes n'ayant pas voté au référendum et selon lesquelles ils voteraient aujourd'hui pour rester.

Dans ce contexte de mécontentement croissant vis-à-vis du processus du Brexit, en particulier chez les votants favorables au retrait, comment se fait-il que le soutien en faveur de la sortie de l'Union reste relativement stable? Il semble qu'au lieu de remettre en cause le bien-fondé de leur choix, les électeurs accusent les politiciens des deux camps de ne pas parvenir à suivre le cap qu'ils se sont fixé. D'après le sondage NatCen, le pourcentage de partisans de la sortie qui pensent que le gouvernement du Royaume-Uni gère mal les négociations du Brexit a augmenté de 23 points entre février et octobre 2017, et le pourcentage estimant que l'Union est en cause a augmenté de 16 points.

Il reste à voir si le dernier remous politique à Westminster affectera le niveau global de soutien au Brexit. Cependant, il semble que les partisans de la sortie ne remettent pas en question leur vision du monde, mais plutôt la capacité des politiciens à la mettre en œuvre.

Ian Montagu, chercheur confirmé, ScotCen

Nancy Kelley, directrice générale adjointe, NatCen

9. Versammlung der Weltbewegung für Demokratie

Ich hatte die große Ehre, den Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments auf der neunten Versammlung der Weltbewegung für

Demokratie (WMD) vertreten zu dürfen, die vom 6. bis 9. Mai 2018 in Dakar (Senegal) stattfand. Das Motto hieß in diesem Jahr „Aufbau strategischer Partnerschaften für eine Erneuerung der Demokratie“. Die Versammlung wurde gemeinsam von der WMD, der Stiftung „National Endowment for Democracy“ (NED) und dem „National Democratic Institute for International Affairs“ (NID) aus den USA veranstaltet; an ihr nahmen über 400 Demokratievertefchter, aktive Teilnehmer an demokratischen Prozessen, Spender und Wissenschaftler teil. Hauptziel der Veranstaltung war es, die aktuellen Herausforderungen unter die Lupe zu nehmen, mit denen die Demokratien in verschiedenen Ländern konfrontiert sind. Dementsprechend waren die drei Hauptthemen der Versammlung die Verteidigung des demokratischen Raums gegenüber wieder stärker werdenden autoritären Strömungen, das Schließen der Reihen unter den Demokraten durch bereichs- und generationenübergreifende Partnerschaften und der Schutz der Integrität von Informationen angesichts der wachsenden Gefahr von Desinformation, Cyberangriffen und Herausforderungen für die Verwaltung des Internets.

Unmittelbar vor Beginn der Versammlung nahm ich an der Sitzung der Arbeitsgruppe der Parlamentarier und parlamentarischen und politischen Netzwerke teil. Parlamentarier aus den USA, Kanada, Südafrika, Gambia, der Ukraine und Australien sowie Vertreter von Parteien und parlamentarischen Vereinigungen erörterten die Frage, wie die Zusammenarbeit zwischen und Abstimmung unter parlamentarischen Vereinigungen und politischen Gruppierungen (wie zum Beispiel dem „African Liberal Network“) gestärkt und verbessert werden können, damit sie bei der Förderung der Demokratie und Menschenrechte mehr Wirkung entfalten. Das Europäische Parlament war durch das Mitglied Ana Gomes vertreten. Ich erhielt die Gelegenheit, die Tätigkeit des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments auf dem Gebiet der Unterstützung der Demokratie, von demokratischen Werten und den Menschenrechten vorzustellen. Darüber hinaus berichtete ich über die Ergebnisse der Jahreshauptversammlung des Vereins.

Die Teilnehmer der Arbeitsgruppe sprachen sich mehrheitlich für die Idee eines offenen Briefes aus, an dem sich jetzige und ehemalige Parlamentsabgeordnete und Politiker beteiligen können, indem sie jeweils eine persönliche Erklärung hinzufügen, in der sie kurz und knapp darlegen, wie Parlamentarier zu einem demokratischen Erneuerungsprozess beitragen können. Solch eine Initiative könnte mit einer Kampagne in den sozialen Medien anlässlich des Internationalen Tages der Demokratie am 15. September einhergehen. Diese Idee wurde in einem der Seminare der Versammlung erörtert, das den Titel „Die Vernetzung parlamentarischer Vereinigungen zur Förderung demokratischer Normen und Systeme“ trug. Dort konnte ich zum zweiten Mal Betätigungsfelder des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments vorstellen, nämlich die Wahlbeobachtung, der Aufbau von Kapazitäten, Vermittlerrolle und Engagement bei Menschenrechtsfragen.

Der letzte und bewegendste Teil der Versammlung waren die „Democracy Courage Tributes“, mit denen Menschen und Organisationen aus der ganzen Welt geehrt werden, die sich zum Teil unter sehr schwierigen Bedingungen für Demokratie und Menschenrechte einsetzen. In diesem Jahr wurden die Preise an folgende Personen und Organisationen verliehen:

- „Advocates for rule of law in Africa“ (Verfechter der Rechtsstaatlichkeit in Südafrika, entgegengenommen von Thulisile Madonsela, ehemalige Staatsanwältin von Südafrika),
- Menschenrechtsanwälte in China (entgegengenommen von Jin Bianling, der Ehefrau des Anwalts und politischen Gefangenen Jiang Tianyong),
- Nightwatchers (Fotojournalisten auf den Philippinen, entgegengenommen von Raffy Lerma und Ezra Acayan, Fotoreporter der Nightwatchers).

Die Tatsache, dass sich weltweit so viele Menschen an der Verteidigung und Förderung der Demokratie beteiligen, gibt Anlass zu einem verhaltenen Optimismus, was diese Regierungsform und gesellschaftliche Ordnung anbelangt. Es liegt auf der Hand, dass Parlamentarier eine wichtige Rolle in dieser Hinsicht spielen. Dies gilt ebenso für ehemalige Parlamentsabgeordnete, deren Erfahrungen und Wissen zur Stärkung demokratischer Werte beitragen können. Im Laufe der Versammlung wurde mir immer mehr bewusst, wie sehr sich dieses Engagement lohnt.

Filip Kaczmarek

Bulgarischer Besuch für den Vorsitz im Europäischen Rat, Juni 2018

Die Reise war eine Veranstaltung für die ehemaligen Mitglieder des EP unter Leitung von Brigitte (nicht Macron oder Bardot) Langenhagen. Die Gruppe setzte sich aus 19 ehemaligen Mitgliedern aus dem Vereinigten Königreich, Frankreich, Deutschland, Bulgarien, den Niederlanden, Spanien, der Tschechischen Republik, Finnland und Polen zusammen, die fünf verschiedenen politischen Parteien angehörten.

Für mich war der Besuch besonders bewegend. Meine erste Reise nach Bulgarien machte ich im Rahmen des Wahlkampfes für die erste freie Wahl nach dem Fall der Berliner Mauer, danach kam ich als offizielle Beobachterin in meiner Eigenschaft als Vizepräsidentin der bulgarischen Delegation im EP wieder in das Land. Dort begleitete mich damals Stefan Tafrow, späterer Außenminister und Botschafter in London, Rom, Paris und für die Vereinten Nationen. Er ist immer noch in der Europapolitik aktiv.

Später schrieb ich während meiner Zeit im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, dessen Vorsitz damals Otto von Habsburg innehatte, alle bulgarischen Beitrittsberichte und ging sie durch.

Wir trafen uns mit Monika Panajotowa, stellvertretende Ministerin für die Beziehungen zum EP und Mitglied des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments. Es wurden äußerst heikle Fragen gestellt, und die Themen, die von Anfang an einen roten Faden bildeten, waren die Besorgnis im Zusammenhang mit der Westbalkanerweiterung und – natürlich – all die üblichen alten Geschichten. Eine Mischung aus spätem 19. Jahrhundert und imposanter kommunistischer Architektur prägt die eindrucksvollen Parlamentsgebäude mit ihren geräumigen, besonders breiten Gängen. Alle Gebäude sind mit hochwertigen Gemälden aus verschiedenen Epochen bestückt, was per se schon einen Besuch wert ist. Nebenbei

bemerkt, hat ja auch das EP eine ausgewählte internationale Kunstsammlung, die durchaus sehenswert ist.

Es folgte eine lebhaftige Diskussion mit den bulgarischen Ausschüssen für auswärtige und europäische Angelegenheiten, deren Vorsitz Dschema Grosdanowa und Kristian Wigenin führen, sowie der bulgarischen Vizepräsidentin Iliana Jotowa (ehemaliges MdEP).

Zur Sprache kamen die Dublin-Verordnung von 2007, die reformiert werden muss, die mangelnde Klarheit des Haushaltsplans, Bedenken im Zusammenhang mit Menschenrechten, das Übermaß an Bürokratie und Verwaltungsaufwand und die Krise – nicht die Wirtschaftskrise, sondern vielmehr die Krise der moralischen Werte. Diese Probleme sind allerdings nicht gerade neu.

Es folgte eine kurze Zeit der Entspannung und kulturellen Bereicherung mit einem Besuch der Altstadt des südbulgarischen Plowdiw, das von den Thrakern, Mazedoniern, Römern und vielen anderen erobert wurde.

In Plowdiw gibt es eine Staatsoper und ein dazugehöriges Unternehmen unter der Leitung von Luciano di Martino, einem inspirierenden Italiener, der mehrere Jahre in Deutschland gelebt hat. Er organisierte ein großartiges Konzert in einem sorgfältig restaurierten Altbau, wo Mark Fowler, Swetlana Iwanowa und Ewgenja Raltschewa Ariens aus *La Bohème* und *La Traviata* vortrugen, am Klavier begleitet von Raliza Botewa. Bulgarien ist auch für seine Sänger und Musiker von Weltrang bekannt. Der musikalische Vortrag zauberte den recht erschöpften ehemaligen MdEP, die bis dahin nur ernstzunehmender Politik gelauscht hatten, ein Lächeln ins Gesicht.

Zwischen all den Gesprächen und kulturellen Höhepunkten darf ich nicht vergessen, dass Bulgarien für seine Küche und seinen Wein berühmt ist. Wir wurden durch und durch verwöhnt.

Am letzten Tag besuchten wir die 1912 gegründete Militärakademie.

Wie auch in Euxinograd und Warna ist der Park, der sie umgibt, mit seinen atemberaubenden Bäumen eine typische Hinterlassenschaft von Zar Ferdinand. Er liebte die Natur. Prinz Ferdinand von Coburg bestieg 1886 in der Nachfolge von Prinz Alexander von Battenberg den Thron, und unter dem Einfluss seiner Mutter, der Tochter des letzten Königs von Frankreich, regierte er Bulgarien mehr als 30 Jahre lang.

Nach diesem kleinen historischen Exkurs bot das äußerst distinguierte finnische ehemalige Mitglied Lax Henrik einen kleinen Überblick nach Art von Julian Amery. Er erinnerte uns daran, dass die Europawahl im kommenden Jahr von besonders großer Bedeutung ist; an den Druck, der aufgrund der erheblichen Ströme von Flüchtlingen und Migranten auf Europa lastet, die die EU nicht mehr verlassen wollen; an die wirtschaftlichen Fortschritte, die die EU braucht, um ihre Legitimität zu untermauern, ihre Werte zu bekräftigen und die Demokratie zu verteidigen. Das Kronjuwel der EU, der Binnenmarkt, wird schweren Schaden davontragen, wenn Großbritannien infolge des Brexit aus der Zollunion austritt.

Noch einmal einen herzlichen Dank an Brigitte, Elisabetta und ihr Team und unsere bulgarischen Gastgeber, allen voran Christo Kraewski, ständiger Vertreter der Nationalversammlung der Republik Bulgarien beim Europäischen Parlament, für die perfekte Organisation.

Baroness Patricia Rawlings

Bulgarien-immer noch am Kreuzweg—ökonomische und politische Situation 2018

Wenn man in die nostalgische Welt Sofias mit seinen 19.Jhd Bauten und Gartenrestaurants eintaucht, glaubt man nicht, dass dieses früher kommunistisch regierte Land auch noch 10 Jahre nach seinem EU-Beitritt (dem letzten Besuch der FMA Gruppe) fest in den Händen der ehemaligen Machthabenden, Politentscheider ist.

Es hat immer noch mit BIP 8064 € pro Kopf, eine der höchsten EU-Armutquoten 21,8 %, vergleichsweise Deutschland 41.936 €)

Es gab keine Verdammung des früheren kommunistischen Systems, kein Illustrationsgesetz wie in Polen, wo alle früheren Parteimitglieder und Politiker durchleuchtet wurden, so sitzen noch immer fast dieselben Politiker im Parlament und in der Regierung.

Unser Besuch, gerade in der Ratspräsidentschaft, bescherte uns zusätzliche Mühen, in dem Trubel wichtige Politiker zu sprechen. Wir waren nicht überall erwünscht, so etwa bei dem Ausschuss für Auswärtiges, Europa und EU Funds, der unsere Frageflut mit eigenen langen Ausführungen stoppte.

Offen für Fragen und handfeste Antworten gaben die uns bekannte ehemalige Europaabgeordnete Monika Panayotova, die als Minister für die Ratspräsidentschaft eine strukturierte Rede zu den Zielen und Prioritäten derselben hielt.

Auch die Vizepräsidentin der Republik, Illiana JOTOVA, bei der wir dank der guten Organisation unserer Generalsekretärin einen Termin erhielten, zeigte sich aufgeschlossen gegenüber unseren Fragen und betonte ihr Eintreten für den Demokratie und die Menschenrechte.

Ganz schlimm unter der freundlichen Oberfläche einer Information über ihre Mission erging es uns in der Rakovski Militär Akademie, dem Hort der noch aktiven Revanchisten und Russlandfreunde.

Wie wir ähnliches bei unserer Serbien-Studytour kennen lernten.

Ausgerechnet hielt unser außenpolitische Redner Henrik Lax, Finland ein Plädoyer für die gemeinsame EU Haltung zu den Russlandsanktionen. Kein Wunder, dass wir keine Fragen aus dem Publikum, ältere männliche und weibliche Führungskräfte, erhielten. Man beäugte sich gegenseitig, wer es wagen würde, sich auf dieses heiße Thema einzulassen.

Was erwarten die Bulgarien von der EU, neben den Fördermittel-Töpfen?

Während 16% der Bevölkerung (so Financial Times) für einen Exit aus der EU sind, hoffen viele mit der westlichen Welt fühlenden Demokraten auf politische Veränderungen durch mehr West-Kontakte (ERASMUS Programm).

Die EU Subventionen (Kohäsionsfonds) werden aber auch missbraucht, wie Geldzuweisungen zum ‚Aufbau eines Medienwesens‘ an regierungsfreundliche Presse und Rundfunk zeigen.

Wie überhaupt nach Journalistenauskunft die großen Zeitungen von Oligarchen gekauft nur Gutes über ihre Eigner, besonders im Wahlkampf berichten. In der Länderliste zur Pressefreiheit (Reporter ohne Grenzen)ist Bulgarien auf Platz 111 abgerutscht.

Da Investoren zwar billige aber keine qualifizierten Arbeitskräfte finden, begann , so auch in Rumänien der Rückgang von Auslandsinvestitionen ; die qualifizierten Kräfte sind anscheinend schon abgewandert, allein 67 000 nach Deutschland, das ist 1% der Bevölkerung

Die Unzufriedenheit der Bulgaren mit ihren Parteien und ihrer Politik (Korruptionsverfahren) drückt sich darin aus, dass 33% für die Gründung einer neuen Partei votierten

Man wundert sich, dass unter diesen Vorzeichen die EU-Kommission schon wieder eine EU- Erweiterung, jetzt zum West Balkan plant. Die Bulgaren sehen ebenfalls einen Beitritt Serbiens

sehr kritisch.

Noch zumal der Vorschlag, Bulgarien in die Euro- Zone aufzunehmen heftig diskutiert wird wegen der fraglichen EURO-Reife

Ohne eine dauerhafte Konvergenz, über die Erfüllung der nominellen Kriterien hinaus, sollte eine Aufnahme nicht näher erwogen werden. Dazu gehört auch der Beitritt zur Bankenunion zuvor als Kontrollinstanz, was die Regierung in Sofia tunlichst ablehnt.

Bei einem Ausflug nach Plovdiv mit seinen römischen Amphitheater fragte man sich, Ob die kulturellen links nicht wichtiger sind als jede EU-Suppe teilen zu wollen.

Ursula Braun-Moser

Wenn weniger zu mehr führen kann

Die EU steht trotz vieler Erfolge im Laufe der Jahre vor außerordentlichen Problemen: In einigen Teilen steht die Demokratie offenbar unter Beschuss, führen Flüchtlinge und Wirtschaftsmigranten zu Spannungen beim Thema Einwanderung, droht der Stabilität der Eurozone Gefahr, stellt Putins Russland eine Gefährdung dar und ist Trumps Präsidentschaft von Unwägbarkeiten gekennzeichnet.

Dennoch scheint die EU laut Meinungsumfragen gut aufgestellt zu sein. Ende des Jahres 2017 erreichten die Umfragen, die zeigten, dass die Mitgliedschaft in der EU eine „gute Sache“ ist, in Irland Werte von 90 %. Sogar Tschechien, Griechenland und das Vereinigte Königreich warteten mit Zustimmungswerten über 55 % auf. Aber halt – keine voreiligen Schlüsse. Hat sich das Vereinigte Königreich im Jahr 2016 nicht mit einer knappen Mehrheit für den BREXIT entschieden? Sind nicht von Finnland bis Ungarn in zehn Mitgliedstaaten rechtsextreme, euroskeptische Parteien auf dem Vormarsch? Der Rückhalt aus der Öffentlichkeit ist keine Selbstverständlichkeit.

Die meisten Abgeordneten im Vereinigten Königreich haben zwar eine pro-europäische Einstellung, sahen das beratende Referendum jedoch als verbindlich an. Angesichts von Austrittsverhandlungen, die einem erbitterten Scheidungskrieg ähneln, äußern britische Unternehmen zunehmend ihren Unmut über die sich abzeichnenden wirtschaftlichen Schäden. In dieser höchst ungewissen Phase ist es sogar vorstellbar – wenn auch unwahrscheinlich –, dass das britische Parlament unter

Umständen darauf bestehen wird, die schriftliche Mitteilung nach Artikel 50 zurückzuziehen.

Als einer der ersten 1979 gewählten Europa-Abgeordneten denke ich ebenso häufig über die Zukunft der EU nach wie über die tiefe Wunde, die Großbritannien wohl sich selbst und seinen Partnern zufügen wird. Sowohl die Politiker als auch die Kommission sollten ihre Aufmerksamkeit gezielt auf die stellenweise wachsende Unzufriedenheit mit der EU in einigen Staaten richten. Solche banalen „Infektionen“ können sich ausbreiten – wie das Vereinigte Königreich schmerzhaft festgestellt hat. Ähnlich dem Alterungsprozess des menschlichen Körpers können sich einzelne unbedeutende Beschwerden im Laufe der Jahre so häufen, dass sie in der Summe zum Verhängnis werden.

Anlässlich des jüngsten Besuchs des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments in Sofia erinnerte ein ehemaliger bulgarischer Außenminister uns daran, dass die Daseinsberechtigung der EU in der Sicherstellung von Frieden, Stabilität und Wohlstand für ihre Mitgliedstaaten liegt. Die EU ist eine fantastische Errungenschaft. Die Gefahren zeichnen sich jedoch klar ab. Was sollte die Union tun, um sich der Unterstützung ihrer Bürgerinnen und Bürger in allen Mitgliedstaaten zu versichern?

Im Jahr 1984 stimmte das Parlament meinem von Altiero Spinelli unterstützten Änderungsantrag zu, das Subsidiaritätsprinzip in den Entwurf des Vertrags über die Europäische Union einzubeziehen. Später wurde das Prinzip in der Einheitlichen Europäischen Akte verankert, aber trotz aller im Laufe der Jahre unternommenen Bemühungen hat es sich als schwer umsetzbar erwiesen. Einen Grund dafür liefert das EP.

In der Regel folgt das Parlament den Entscheidungen seiner Fachausschüsse. Diese setzen sich naturgemäß aus Abgeordneten zusammen, die tief in der jeweiligen Materie stecken. Wir anderen, die wir stets gut mit dem Tagesgeschäft ausgelastet sind, geben in der Regel achselzuckend folgsam unsere Stimme ab, um die Empfehlungen dieser Sachverständigen zu unterstützen. Dies hat allerdings seinen Preis.

Ohne bessere Verfahren als die heute im Einsatz befindlichen zur Durchsetzung der Prinzipien der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit ächzt die EU unter einem Zuwachs von ins Detail gehenden Vorschriften, die manchmal unerwartete Folgen mit sich bringen. Der britische Außenminister Douglas Hurd gab schon vor Jahren zu bedenken, dass die EU durch ihre übermäßige Einmischung in das Alltagsgeschehen Unmut bei ihren Bürgerinnen und Bürgern hervorruft. Das ist nach wie vor nicht von der Hand zu weisen. In jeder Demokratie sollte die Entscheidungsgewalt soweit wie möglich den Menschen vor Ort überlassen bleiben. Wir sollten mehr Gewicht auf Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit legen und sicherstellen, dass die EU ihre vorhandenen Befugnisse so minimalistisch wie möglich einsetzt – aber dabei auch neue Bereiche einbeziehen, insbesondere die Verteidigungspolitik, wo wir wirksamer

zusammenarbeiten können. Vielleicht können wir so den Rückhalt in allen Mitgliedstaaten sichern und für eine weiterhin starke Union sorgen.

Christopher Jackson

Anmerkung: Christopher Jackson leitete 1984 die aus Mitgliedern des Institutionellen Ausschusses bestehende Delegation des Europäischen Parlaments, der auch Altiero Spinelli angehörte, im Vereinigten Königreich zu Gesprächen mit der konservativen, sozialistischen und liberalen Partei, dem Spitzenverband der britischen Gewerkschaften TUC und der Industrie. Seine Druckschrift „*Whose job is it anyway - subsidiarity in the European Community*“ wurde 1992 veröffentlicht.

Bulgarien: „Herausforderungen und Potenziale“

Vor der Abreise wurden wir von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sofia empfangen. Diese Stiftung steht der deutschen CDU nahe, wird in erster Linie vom deutschen Parlament finanziert und verfügt über Büros in vielen Ländern der EU. Sie unterhält soziale Netzwerke und organisiert Konferenzen, Seminare und Workshops, um europäische und christdemokratische Werte zu fördern. Der Vorsitzende, Thorsten Geissler, verfügt über umfassende Kenntnisse der bulgarischen Gesellschaft. Wir waren sehr erfreut, dass er bereit war, seine interessanten Einblicke mit uns zu teilen. Thorsten Geissler zufolge sind die Bevölkerung und die politische Klasse im allgemeinen sehr europafreundlich. Als Mitglied der EU möchte Bulgarien dem Schengener Übereinkommen beitreten und macht geltend, alle Kriterien zu erfüllen.

Im Land findet sich eine Mischung aus europäischen und traditionellen bulgarischen Werten. Natürlich müssen Ausländer, die mit Einheimischen arbeiten, verschiedenste kulturelle Unterschiede überwinden. Das politische Leben ist unserer Wahrnehmung nach sehr direkt und konfrontativ; die Menschen sind höflich, aber sehr offen und aggressiven Diskussionen gegenüber abgeneigt.

In Bulgarien gibt es weniger einflussreiche NRO als in Westeuropa, daher sind bei der Zivilgesellschaft noch Verbesserungen möglich.

Bulgarien ist ein demokratisches Land, und die Medienfreiheit wird nicht durch Gesetze beschränkt. Allerdings wird die Presse von einigen Tycoons kontrolliert, die starken Einfluss auf politische Debatten nehmen. Die meisten Menschen erhalten ihre Informationen über das Fernsehen, das von Unterhaltungsprogrammen mit verborgenen politischen Botschaften dominiert wird. Gleichzeitig sind soziale Medien sehr beliebt, und das Internet ist allgegenwärtig. Die jüngere Generation ist nicht auf die Informationen der traditionellen Medien angewiesen.

Studien bestätigen, dass Korruption weitverbreitet ist und der Wirtschaftsentwicklung sowie strukturellen Verbesserungen im Wege steht.

Das Parlament hat vor Kurzem ein neues Antikorruptionsgesetz erlassen, und es wurde ein Rat zur Korruptionsbekämpfung eingesetzt. Auch wenn es keine konkreten Anschuldigungen gibt, untergräbt bereits die Vermutung das Vertrauen in die Justiz.

Aber der Rat ist nach wie vor überzeugt, dass man bei der Lösung des Problems konkrete Ergebnisse erzielen wird. Er sollte Unterstützung erhalten.

Die Bulgaren verweisen außerdem auf die Situation in Italien, Griechenland und Spanien. „Warum beschuldigt ihr uns stärker als sie?“

Insbesondere Sofia und einige andere Großstädte bieten gute Erwerbsmöglichkeiten, die Löhne sind aber nach wie vor geringer als in mittel- oder westeuropäischen Ländern. In den letzten zehn Jahren hat etwa eine Million Bulgaren das Land verlassen; diese größtenteils gut ausgebildeten Menschen fehlen jetzt. Sie könnten die kritische Masse bilden, die unverzichtbar ist.

Da wir als Delegation des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments mehrere Frauen in Spitzenpositionen trafen, waren wir neugierig, ob dieses Bild die Gesamtsituation von Frauen in Politik und Gesellschaft widerspiegelt. Unserem Gesprächspartner zufolge wenden sich die Dinge zum Besseren, die einflussreichsten politischen Positionen sind aber noch immer in Männerhand. In der Wirtschaft finden sich nahezu keine Frauen in Spitzenpositionen. Im familiären Bereich ist häusliche Gewalt wie in vielen anderen Balkanstaaten nach wie vor ein großes Problem.

Viele Bulgaren sind den Russen noch immer dankbar, dass sie sie von der türkischen Besatzung befreit haben. Die orthodoxe Kirche von Bulgarien pflegt enge Beziehungen zu ihrer Schwesterkirche in Russland und folgt in der Regel deren Standpunkten.

Insgesamt blickt Thorsten Geissler trotz allen Schwierigkeiten weiterhin optimistisch in die Zukunft, weil Bulgarien, wie er sagt, ein großes Potenzial für ehrgeizige junge Menschen birgt. Auch mit Bulgariens Ratsvorsitz konnten wichtige Weichen gestellt werden. Insbesondere indem die Aufmerksamkeit anderer Regierungen auf den Westbalkan gelenkt wurde. Ferner wurden alle Sitzungen und Konferenzen professionell geleitet.

Bob van den Bos und Brigitte Langenhagen

Bericht über den Besuch der De Montfort University vom 23. bis zum 25. Januar 2018 im Rahmen des „European Parliament to Campus“-Programms

Kaum zehn Minuten nach meiner Ankunft in De Montfort fühlte ich mich, als hätte jemand die Uhren um über 50 Jahre zurückgedreht: Plötzlich saß ich ganz vorne in der ersten Reihe in einer Vorlesung zu den mathematischen Grundlagen finanzpolitischer Stabilisatoren. Oh Gott! Musste ich mich etwa wieder auf eine Klausur im Fach Wirtschaftswissenschaft vorbereiten? Und dann stand ich auch schon selbst auf dem Podium, um Fragen zum Thema zu beantworten.

Kontakte zwischen Studierenden, die sich vor allem akademisch mit einem bestimmten Thema beschäftigen, und denen, die das Gelernte in der Praxis anwenden mussten, sind für beide Seiten von Nutzen. Die Probleme der Euro-Zone bei der Verknüpfung einer zentralisierten Geld- und Kreditpolitik mit einer dezentralisierten

Steuerpolitik waren ohne Zweifel von Interesse sowohl für die Hörer der Steuerpolitik-Vorlesung als auch für die Hörer der nächsten Vorlesung zur Geld- und Währungspolitik. Außerdem kann der Besuch akademischer Vorlesungen auch ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments wieder an Grundlagen erinnern, die im Laufe der Jahre möglicherweise in Vergessenheit geraten sind.

Auf Wunsch der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments in Brüssel hatte ich einen Vortrag zur Geschichte und zu den Problemen des Euro vorbereitet. Das wäre jedoch gar nicht nötig gewesen. Wie kaum anders zu erwarten, stand nämlich der Brexit im Mittelpunkt aller Diskussionen und insbesondere der allgemeinen Fragestunden. Was würde im Falle eines Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU passieren? Doris Pack und ich bemühten uns, zufriedenstellende Antworten zu finden. Fast alle Studierenden und Universitätsangehörigen schienen „Remainer“ zu sein, und es ließ sich nur schwer leugnen, dass keine andere außereuropäische Lösung auch nur annähernd so gut sein könnte wie ein Verbleib in der EU. Allerdings gab es eine beinahe unüberschaubare Vielfalt von Optionen, die von einer EWR-Mitgliedschaft mit Zollunion (die wahrscheinlich in absehbarer Zeit auf eine Rückkehr in die EU hinauslaufen würde) bis hin zu einem völlig planlosen und unkontrollierten Austritt im nächsten Jahr reichten. Es war wichtig zu erklären, dass nahezu jeder andere – und mit ziemlicher Sicherheit auch die britische Regierung – ebenso im Dunkeln tappte wie wir.

Die Universität hatte uns einen ganzen Umschlag voller Gutscheine für die verschiedenen Kantinen auf dem Campus ausgehändigt, die ich hauptsächlich für Kaffee einlöste. Wir wurden jedoch auch zu zwei hervorragenden Abendessen in der Stadt eingeladen, wobei wir im Anschluss an das erste Essen noch das Grab von Richard III. besuchten und uns auch ein wenig in der mittlerweile verkehrsberuhigten Altstadt umschaute. Der De Montfort Campus selbst ist ziemlich weitläufig und wenn es überhaupt etwas zu bemängeln gab, dann lediglich die Tatsache, dass die örtlichen Taxifahrer damit überfordert schienen, uns am richtigen Gebäude abzusetzen.

Mein Besuch endete, wie er auch begonnen hatte, mit der Teilnahme an zwei Lehrveranstaltungen zu speziellen Politikfeldern, die beide unter der Leitung von Professor Alasdair Blair, dem Jean-Monnet-Professor für Internationale Beziehungen der Universität und dem Gesamtorganisator der Veranstaltung, stattfanden. In der ersten Veranstaltung ging es um die Gemeinsame Agrarpolitik der EU – ein Thema, das seit Jahren immer wieder Anlass zu Diskussionen und Reformen gibt. Ich konnte mich noch gut an die Zeiten der Butterberge und Weinseen erinnern und sogar an das teure britische Ausgleichszahlungssystem davor. Heute haben wir die Basisprämienregelung (ehemals Betriebsprämienregelung), die sich nach der Größe des Grundbesitzes richtet. Was, so fragten wir uns, würde wohl als nächstes kommen? Nach einem kurzen Gedankenaustausch über die politische Lage in Großbritannien – ein Thema, das an sich schon ausreichend Gesprächsstoff für drei Tage geboten hätte – machte ich mich wieder auf den Heimweg über die M1 nach London.

Ben Patterson

EP am Campus, 26. - 27. März 2018

Nationale Taras-Schewtschenko-Akademie der Erziehungswissenschaften der Ukraine

Die Taras-Schewtschenko-Universität in Kiew hat vom 26. bis 27. März 2018 in Zusammenarbeit mit Erasmus und ihrem gemeinsamen Jean-Monnet-Projekt eine zweitägige internationale Konferenz zum Thema „Europäische Integrationsprozesse im 21. Jahrhundert – Haupttrends, wesentliche Herausforderungen und neue Perspektiven“ ausgerichtet. Dazu wurden Redner von Universitäten im Vereinigten Königreich, Portugal, Kanada, Polen und Italien eingeladen. Ich nahm für den Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments daran teil. Etwa 70 Studenten, die sich vornehmlich mit Europastudien beschäftigen, nahmen an der ersten Debatte am Nachmittag des 26. März teil. Ich war gebeten worden, eine Einführung in die Geschichte und Bedeutung des gegenwärtigen Stands der europäischen Integration zu geben. Mein Bestreben war es zunächst, einige Beispiele zu geben, ohne dabei der Gefahr der Oberflächlichkeit zu erliegen. Ich entschied mich für die beiden folgenden: „Die internationale Handelspolitik der EU“ und „Europäische Rechtsstaatlichkeit und gemeinsame demokratische Werte“. Da die Studenten mit den Problemen der EU mit Polen, einem direkten Nachbarland der Ukraine, nur allzu vertraut waren, stellten sie mir viele Fragen zur europäischen Rechtsstaatlichkeit, den Entscheidungsfindungsprozessen und dem europäischen Verständnis von Demokratie. Ich erläuterte Ihnen, dass eine der grundlegenden Erfahrungen der europäischen Politik die Notwendigkeit zum Kompromiss ist, was selbst für das eigene politische Lager gilt. Daraufhin stellten mir die Studenten die ernste Frage, die wie eine dunkle Wolke über allen Debatten in der Ukraine schwebt: Wie kann eine Lösung für den Krieg in der Ostukraine und für die Krim gefunden werden? Ich konnte keine Antwort auf diese Eine-Million-Euro-Frage geben, aber zumindest gab es keine negativen Reaktionen, als ich darauf verwies, dass auch in dieser Frage am Ende ein Kompromiss gefunden werden muss. Ein anderes von den Studenten angesprochenes Thema war der Nationalismus. Da das EU-Recht über dem nationalen Recht steht, war es naheliegend, dass sie wissen wollten, ob nicht die Gefahr bestünde, dass die Bürger ihre nationale Identität verlieren. Dies führte zu einer Diskussion über den Grundsatz der Subsidiarität und die Möglichkeit, dass sich eine echte europäische Identität herausbildet, die nicht über der nationalen Identität steht, sondern sie abwandelt und ihr eine Dimension der gemeinsamen Werte und Ziele hinzufügt. Der Unterschied zwischen nationaler Identität und einem aggressiven oder gar gewalttätigen Nationalismus wurde hervorgehoben. Nach einer insgesamt über dreistündigen Debatte wurde schließlich der innige Wunsch der Studenten deutlich, zur Europäischen Union dazuzugehören.

Am zweiten Tag der internationalen Konferenz, dem 27. März, nahmen weniger ukrainische Studenten und dafür mehr leitende Vertreter EU-naher Organisationen und Hochschulprofessoren teil. Das Hauptthema der Konferenz waren unterschiedliche Bereiche der EU-Politik, insbesondere die Umweltpolitik, Rechtssetzungsverfahren und kritische Fragen hinsichtlich der Kompetenz Europas in aktuellen Konflikten. Ein Teil des Treffens beschäftigte sich eigens mit den Ergebnissen

einer Studie zur Rolle der Massenmedien in Großbritannien vor dem Referendum über den Brexit. Demzufolge waren 97 % der Stimmen in den populistischen Medien für den EU-Ausstieg im Gegensatz zu 46 % in eher neutralen Zeitungen. Leider wurde diese Untersuchung erst nach dem Referendum durchgeführt. Zwei junge Wissenschaftler des ukrainischen „Content Analysis Centre“ hielten einen Vortrag über die Berichterstattung der wichtigsten ukrainischen Presseorgane über die Rolle der EU bei den Ereignissen. Meine Aufgabe war es an der Stelle, über die heftigen Erschütterungen zu sprechen, die die EU seit dem Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2008 heimsuchen. Ich erwähnte die Flüchtlingskrise, die ernststen inneren Konflikte mit einigen Mitgliedstaaten, die das EU-Recht nicht akzeptieren wollen, sowie sich abzeichnende internationale Handelskonflikte, die bislang jedoch ein Beleg für die recht große Zähigkeit der Europäischen Union sind. In meinen abschließenden Worten wies ich auf einige Aspekte neuer Ideen hin, die von der Europäischen Kommission und auch vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron ins Spiel gebracht wurden.

Birgit Daiber

Kaltes Tallinn

Das Wetter in Tallinn war kühl. Umso herzlicher war dafür der Empfang, den mir meine Gastgeber im März in der wunderschönen Hauptstadt Estlands bereiteten. Durch die Vermittlung des VEM wurde ich eingeladen, an der Technischen Universität Tallinn einen Vortrag über die Außenbeziehungen der EU zu halten und gemeinsam mit Studierenden und Lehrenden über den Brexit zu beraten. Meine Gesprächspartner verfolgten die Debatte über den Brexit im Vereinigten Königreich offensichtlich mit großem Interesse. Dieses Interesse war zumindest zum Teil der Sorge geschuldet, wie sich die Beziehungen zwischen Estland und dem Vereinigten Königreich im Rahmen der Zusammenarbeit im Bereich der Hochschulbildung in der Europäischen Union in Zukunft gestalten würden. Zwar hat sich die Regierung des Vereinigten Königreichs bereit erklärt, die einschlägigen Programme finanziell zu unterstützen, um seine Teilnahme zu sichern, doch gilt zu bedenken, dass die Entscheidungsbefugnis des Vereinigten Königreichs in anderen Bereichen eingeschränkt wird. Das Vereinigte Königreich hat das Programm ERASMUS und die Forschungszusammenarbeit maßgeblich mitgestaltet. Kämen sein Wissen und seine Erfahrung abhanden, wäre dies ein herber Verlust. Die Studierenden befürchten, dass es schwieriger werden könnte, im Vereinigten Königreich zu studieren. Die Lehrenden wiederum argwöhnen, dass eine Anstellung im Vereinigten Königreich und ihre Aussicht auf einen Arbeitsplatz im Vereinigten Königreich in weite Ferne rücken könnten.

Zusätzlich zu dem ersten hielt ich auch einen zweiten Vortrag: Vor Studierenden des Masterstudiengangs Internationale Beziehungen sprach ich über das ehrgeizige Programm Chinas „One Belt, One Road“.

Dabei handelt es sich dem Anschein nach um einen weitreichenden Infrastrukturplan, der ursprünglich die Wiederbelebung der ehemaligen Seidenstraße zum Ziel hatte, die

China über Zentralasien wieder mit dem Nahen Osten und Europa verbinden sollte. Als solches lässt der Plan romantisch verklärte Bilder von Abenteurern und Händlern aus längst vergangenen Zeiten vor unserem inneren Auge erstehen, die auf ihren Reisen von Ost nach West und von West nach Ost ziehen. Bei dem Plan geht es allerdings auch um Energieressourcen auf nationalem Boden in Zentralasien, auf die sowohl China als auch Russland Anspruch erheben. Hinzu kommt die Sorge Chinas darüber, dass sich der Wirtschaftsaufschwung an seiner Küste offenbar nicht auf die entlegenen Provinzen im Landesinneren überträgt. Nicht zuletzt hat China bei Stahl, Kohle und Zement erhebliche Überkapazitäten aufgebaut, drei Grundstoffen, die für die Verwirklichung eines gigantischen Verkehrsinfrastrukturvorhabens, wie es das Programm „One Belt, One Road“ vorsieht, unentbehrlich sind.

Meine Gastgeber ermöglichten es mir, einige der viel gepriesenen elektronischen Zentren Tallinns zu besuchen, darunter das Innovationszentrum der Technischen Universität Tallinn, MEKTORY und e-Zentralasien.

Estland hat viel Energie und viele Ressourcen in neue Technologien investiert – das Ergebnis ist wahrlich beeindruckend. Ich erinnere mich noch genau, wie ich 1984 tragbare Schreibmaschinen in meine Büros in Straßburg und Brüssel brachte. Kurz darauf wurden sie nicht mehr benötigt. Inzwischen sind wir so weit, dass wir unsere gesamte Kommunikation über unser Smartphone abwickeln können. Meinen Bedenken in Fragen der Cybersicherheit begegnete man mit Optimismus. Estland war bereits Cyberangriffen aus Russland ausgesetzt, die, so befürchteten die Esten, nicht unbedingt abreißen werden. Die an den elektronischen Zentren Beteiligten waren allerdings zuversichtlich, dass die Erforschung und die Entwicklung der Cybersicherheit an und für sich ein Motor der Wirtschaft sei.

Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union wurde in dem kleinen baltischen Staat mit Begeisterung aufgenommen. Es war schön, zur Abwechslung den Optimismus zu spüren, der in Estland herrscht.

Michael Hindley

Deusto entdecken

Am 18. und 19. April war ich zu einer zweitägigen Unterrichts- und Sitzungsreihe an der Universidad de Deusto in Bilbao eingeladen. Bereits die Lage dieser höchst prestigereichen Hochschule, die 1886 vom Jesuitenorden gegründet wurde und sich vor dem atemberaubenden Guggenheim-Museum erstreckt, ist äußerst inspirierend. Durchaus positiv überrascht war ich aber auch von dem ausgiebigen Programm, das es mir ermöglichte, verschiedene Themen zu behandeln (Umwelt und Klimawandel, die Zukunft der EU, ihr institutionelles Gleichgewicht und ihre Funktionsweise, die Rolle der Interessenverbände sowie berufliche Möglichkeiten für junge Studierende und Berufseinsteiger). Auch das Publikum war in Bezug auf Alter, Interessen und Nationalitäten sehr vielfältig, da an einer der Unterrichtsstunden Erasmus-Studenten teilnahmen. Sie waren offensichtlich gut vorbereitet und das Programm war gut

durchdacht, um sowohl ihren Interessen als auch meinen Kompetenzen gerecht zu werden. Am stärksten interessiert und am besten informiert waren unter anderem die jüngsten Schüler weiterführender Schulen, die wissbegierig waren und sich zu bestimmten Fragen gut vorbereitet hatten.

Ich konnte auch eine offene Konferenz über die künftigen Herausforderungen der EU in der neu erbauten Bibliothek abhalten. Diese Gelegenheit fand ich sehr wertvoll, da wir unserem Gastgeber die Möglichkeit geben sollten, unsere Anwesenheit maximal zu nutzen. Außerdem hatte ich einen großartigen Kontakt zu den zwei Hauptorganisatorinnen des Besuchs, Prof. Maria Luisa Sanchez-Barrueco und Prof. Laura Gomez Urquijo. Prof. Barrueco koordiniert das Jean-Monnet-Programm SAPIA (Student Awareness of public integrity and Accountability in the EU) und möchte Studierende mithilfe innovativer Lehrmethoden für die Bedeutung der demokratischen Kontrolle in den Organen der EU sensibilisieren. Prof. Urquijo leitet das Jean-Monnet-Modul EUCLAP (EU legal and economic integration for people) und befasst sich mit der Frage, wie eine positive wirtschaftliche und rechtliche Integration der EU das Wohlergehen und den Wohlstand der EU-Bürger verbessern kann. Außerdem habe ich die Dekanin, Frau Gema Tomas, und die stellvertretende Dekanin, Frau Marta Enciso, getroffen.

Ich habe übrigens ziemlich erfreut festgestellt, dass alle meine Gesprächspartner und Gastgeber Akademikerinnen waren und dass der Ortsverband Bilbao der Vereinigung der europäischen Jura-Studenten an der Aufstellung des Programms beteiligt war.

Da ich aus Italien bin, einem Land, in dem die Zeichen im Hinblick auf die öffentliche Wahrnehmung der Rolle und Bedeutung der EU derzeit auf Sturm stehen, fand ich es erfrischend und aufbauend, welche positive Einstellung, wenn nicht gar Leidenschaft einige Studierende und die gastgebenden Professorinnen für das EU-Projekt sowie für die Notwendigkeit zum Ausdruck brachten, junge Generationen und akademische Kreise aktiv einzubeziehen, um nicht nur das Überleben des EU-Projekts in diesen schwierigen Zeiten, sondern auch dessen weitere Entwicklung und die Stärkung seiner Fähigkeit, zusammenzuarbeiten und seinen Bürgern Ergebnisse zu liefern, sicherzustellen. Zu den häufigsten Fragen gehörte die Frage nach der Möglichkeit des Zugangs zu einer „europäischen“ beruflichen und akademischen Laufbahn sowie die Fragen, welche gemeinsamen politischen Strategien im Bereich Beschäftigung und Klimawandel umgesetzt werden könnten und wie sicherzustellen ist, dass die Mitgliedstaaten und Organe der EU bei der Umsetzung gemeinsamer wirtschafts-, migrations- und außenpolitischer Strategien einen stärkeren Zusammenhalt zeigen können.

Insgesamt habe ich diese Erfahrung sehr genossen: Sie war sowohl für uns als auch für unsere Gesprächspartner durchaus gewinnbringend. Daher möchte ich den Organisatoren für die Einladung danken und meine Kolleginnen und Kollegen ermutigen, sich an derartigen Veranstaltungen zu beteiligen.

Monica Frassoni

Graf Dracula und EU-Außenpolitik

Eine Reise im Frühjahr nach Transsylvanien (Siebenbürgen) mag Leser des Dracula-Autors Bram Stoker erschauern lassen, aber Cluj (Klausenburg) ist ein wunderschöner Ort in Rumänien und der blutsaugende Graf lässt sich auch nirgends blicken, wenngleich einer seiner Aussprüche sehr treffend ist, nämlich, dass wir „über große Dinge durch kleine Erfahrungen lernen“.

Meine „kleinen Erfahrungen“ sammelte ich an der Babeş-Bolyai-Universität in Cluj-Napoca, der drittgrößten Stadt Rumäniens, wo ich als Vertreter ehemaliger MdEP zu Gast war. Der Ort präsentierte sich von seiner schönsten Seite, und meine Gastgeber Alin, Mihela und Natalia bereiteten mir einen sehr herzlichen Empfang.

Als Mitglied des Europäischen Parlaments war ich viele Jahre im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss für die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und dem rumänischen Parlament tätig gewesen. Als 2007 der Beitritt Rumäniens zur EU erfolgte, war ich sehr stolz, viele Freunde und Kollegen als neue rumänische Europaabgeordnete begrüßen zu dürfen.

Bei meiner Rückkehr nach Rumänien nach mehreren Jahren im Ausland waren die Veränderungen zum Besseren deutlich sichtbar. Es gibt viele Anzeichen für die Unterstützung durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, was ein Beweis dafür ist, dass Rumänien im 21. Jahrhundert angekommen ist.

Cluj selbst blickt auf eine stolze ungarische und rumänische Geschichte zurück - was sich in der Benennung der Universität nach einem berühmten rumänischen Biologen und einem ungarischen Mathematiker widerspiegelt, wobei die beiden ursprünglich getrennten Hochschulen 1959 zusammengelegt wurden. Die Babeş-Bolyai-Universität hat 40 000 Studenten und bietet Studiengänge nicht nur auf Rumänisch, sondern auch in anderen Sprachen an.

Das Thema der zweitägigen Diskussionen, bei denen ich als Gastredner auftrat, war „Die EU-Außenpolitik und die globale Menschenrechtspolitik“. Meine Eröffnungsrede über die Rolle des Europäischen Parlaments und die Bewältigung der Herausforderung der Migration richtete sich an Bachelor-Studenten im ersten Studienjahr. Wie die EU dem Migrationsdruck an ihren Grenzen begegnet, ist heute eines der wichtigsten Themen.

Später ging ich in meiner Grundsatzrede auf die Entwicklung der Rolle der EU auf der internationalen Bühne seit dem Vertrag von Lissabon von 2009 ein. Während mit der Einrichtung des Hohen Vertreters für die Außen- und Sicherheitspolitik eine neue Ausrichtung verbunden war, hat die EU jedoch bei weitem nicht geschlossen auf internationale Krisen reagiert, und bei vielen hat sie nur tatenlos zugesehen. Dies gilt sowohl für die russischen Interventionen auf der Krim und in der Ostukraine als auch für die verzweifelte Lage in Syrien und in Palästina; die EU wirkt hilflos, ohne zu wissen, was sie tun oder sagen soll.

Positiv ist zu vermerken, dass die Europäische Union durch ihre Schwerpunktsetzung auf die Wahlbeobachtung sowie auf die Aufnahme von Menschenrechtsklauseln in neue Handelsinitiativen eine treibende Kraft bei der Förderung der Demokratie in der ganzen Welt ist. „Wir sind stark, jeder bei der Verfolgung seines Ziels, und gemeinsam sind wir alle noch stärker“, um noch einmal Graf Dracula zu bemühen.

Ein Seminar über mögliche Karrieremöglichkeiten in den Institutionen der EU war sehr fordernd und regte zum Nachdenken an. Die begabten und begeisterungsfähigen Studenten der Babeş-Bolyai-Universität bieten den Abgeordneten und der Regierung Rumäniens einiges an Potenzial. Es wurden viele Fragen gestellt zur aktuellen und zur zukünftigen Rolle des Vereinigten Königreichs in der EU nach einem vollzogenem Brexit. War das Vereinigte Königreich schon immer dazu bestimmt, die EU einmal wieder zu verlassen, oder ist die Referendumskampagne als eine Katastrophe zu betrachten? Wird David Cameron als der arroganteste und inkompetenteste Premierminister Großbritanniens in die Geschichte eingehen? Wird das Vereinigte Königreich seine Entscheidung schon sehr bald bereuen?

Nach zwei ereignisreichen Tagen mit vielen Terminen war es Zeit, allen meinen neuen Freunden in Cluj „la revedere“ zu sagen. Ich bin mir sicher, dass ich nicht der letzte ehemalige MdEP sein werde, der Siebenbürgen einen Besuch abstattet, und ich kann es allen nur wärmstens empfehlen!

Robert Evans

Szeged war eine Reise wert.

Zugegeben: es ist nicht leicht nach Szeged zu kommen. Nimmt man das Flugzeug landet man in Budapest und ist damit immer noch über 200 km von Szeged entfernt, nimmt man den Zug kann die Reise vom Bodensee schon gegen 15 Stunden dauern. Aber es lohnt sich: eine herrliche Stadt mit etwas südlichem Flair, einer sauberen Innenstadt mit viel Raum für Radfahren und Spaziergehen, mit Zeit zu leben. Und Studentinnen und Studenten aus der ganzen Welt.

Schon am Anfang stand ein Interview mit zwei jungen Damen aus Norddeutschland, die eigentlich Bürolehrlinge sind und einen Monat als Austauschstudentinnen in Szeged verbrachten. Warum sie sich für Szeged entschieden beantworteten sie erfrischend einfach: sie wollten auch einmal eine Gegend der EU kennenlernen, die in ihrer Heimat weniger bekannt sei. Sie seien begeistert von der Stadt und ihren Menschen.

Die anschließende Diskussion im „Integration Club“ der Universität mit jungen Menschen aus ganz Europa war geprägt von Fragen, die weit weg von den täglichen Kleinkrämereien Europäischer Institutionen waren. Die Verteidigung und der Ausbau von Menschenrechten, die Erweiterungsperspektiven der Europäischen Union, Reise- und Niederlassungsfreiheit waren Diskussionspunkte. Daneben war natürlich auch die Rolle der ungarischen Regierung innerhalb der EU und die daraus möglicherweise resultierende zunehmende Isolation des Landes innerhalb der 28 Mitgliedstaaten ein Thema in der Veranstaltung. Es herrschte Einmütigkeit darüber, dass die EU die in den Verträgen definierten gemeinsamen Grundwerte auch bei den kommenden Verhandlungen über die zukünftige Finanzierung der Europäischen Union über die

nationalen Begehrlichkeiten einzelner Mitgliedstaaten stellen müsse. Hervorgehoben wurden die Grundwerte auch im Zusammenhang mit den Flüchtlingen, die in der EU einen sicheren Ort vor Diskriminierung und Verfolgung suchen.

Am darauffolgenden Tag diskutierten wir die „ Grenzen der Europäischen Integration „ und die Erweiterungsfähigkeit der EU. Die Vorlesung fand an der Rechtsfakultät der Universität Szeged statt. Gerade Studentinnen und Studenten aus Drittländern z. B. vom Balkan wünschten sich stärkere Bemühungen der Europäischen Union im Bereich zukünftiger Erweiterungen. Offenbar erweckt die Union derzeit den Eindruck, dass sie zu sehr mit sich selbst und ihren internen Konflikten beschäftigt ist. Allerdings wurde auch daran erinnert, dass die letzten großen Erweiterungen der EU teilweise bis heute noch nicht „verdaut“ wurden und es wahrscheinlich Sinn macht, vor einer neuen Erweiterungsrunde die EU intern zu festigen. Eine Initiative wie seinerzeit der Europäische Konvent könnte Bewegung sowohl in die Vertiefung der Europäischen Union als auch in ihre Erweiterungsfähigkeit bringen. Die Erwartungen diesbezüglich richten sich an das Europäische Parlament. In Erinnerung bleiben mir zwei junge Frauen aus Serbien und Kosovo, die wissen wollten, was zu tun sei, damit beide Länder der EU beitreten könnten...

Es ist ein wertvoller Verdienst des Programmes EP to Campus, dass es auch außerhalb der nationalen Hauptstädte stattfindet. Das ist ein wichtiger Unterschied zu den meisten EU - Veranstaltungen der offiziellen Büros von EP und Europäischer Kommission. In einer Universitätsstadt an der südungarischen (EU -) Grenze denkt und fühlt man aus kulturellen und geographischen Gründen vielleicht sehr viel anders als in der eigenen Hauptstadt.

Und es ist offensichtlich, dass die jungen GesprächspartnerInnen es sehr schätzen, wenn anstelle der „Brüsseler Bürokratie“ Europa in der Person eines (ehemaligen) EP Mitglieds zum Anfassen ist.

Herbert Bösch

Treffen mit jungen und fortschrittlich gesinnten Türken in Izmir

Izmir ist eine wunderschöne an der Ägäis gelegene Stadt mit vier Millionen Einwohnern. Diese progressiv eingestellte Stadt verfügt über sechs Universitäten, und ich bekam eine Einladung von der Wirtschaftshochschule „İzmir Ekonomi Üniversitesi“ (IEU). Die IEU ist eine private Universität mit etwa 7 500 Studenten. Mein Gastgeber war Prof. Dr. Alexander Bürgin, Leiter der EU-Forschungsstelle EURAC, der seit August 2015 einen von der Europäischen Kommission gestifteten Jean-Monnet-Lehrstuhl innehat. (Ein Jean-Monnet-Lehrstuhl ist ein Titel, der an Universitätsprofessoren

vergeben wird, die sich auf EU-Studien spezialisiert haben, und damit ist eine dreijährige finanzielle Unterstützung verbunden.)

Ich nahm an drei verschiedenen Podiumsdiskussionen mit 20-minütigen Einführungen teil und bemühte mich außerdem, die vielen klugen Fragen der gut informierten Studenten so gut wie möglich zu beantworten. Das erste Thema war die Förderung von Umweltstandards in den Außenbeziehungen der EU. Ich wies darauf hin, dass die Umweltstandards der EU zu den höchsten weltweit gehören. Ziel der EU ist es, sich gegenüber ihren Handelspartnern für diese Standards und die globale nachhaltige Entwicklung einzusetzen. Das Pariser Abkommen über den Klimawandel von 2015 ist für uns besonders wichtig, und die EU ist die treibende Kraft bei seiner Umsetzung. Ich habe aber auch nicht unerwähnt gelassen, dass es in der Praxis durchaus einige Widersprüche gibt und dass in einigen Fällen Drittländer höhere Umweltstandards haben. Ein Student verwies sogleich auf das Beispiel des Naturerbes, bei dem die türkischen Vorschriften strenger seien als bei uns.

Das zweite Thema war die Nachhaltigkeit von Städten: Erfolge und Veränderungen in der EU und der Türkei. In der Türkei leben über 75 % der Bevölkerung in Städten, und die nachhaltige Stadtentwicklung ist für die rasant wachsende Stadtbevölkerung von entscheidender Bedeutung. Ich sprach über die Bedeutung des öffentlichen Verkehrs, von sauberer Luft, erneuerbaren Energiequellen und einem umweltfreundlichen öffentlichen Beschaffungswesen sowie über Hitzewellen und andere Themen. Dabei habe ich auch meinen eigenen EP-Bericht über die thematische Strategie für die städtische Umwelt erwähnt. Nach meinen Ausführungen wies der andere Podiumsteilnehmer, Ümit Sahin von der Sabancı-Universität in Istanbul, darauf hin, dass sich das BIP-Wachstum in der Türkei hauptsächlich auf das Baugewerbe gründet, was mitnichten eine ökologisch nachhaltige Wirtschaftstätigkeit ist. Als Umweltaktivist zeichnete er ein detailliertes Bild von den Umweltproblemen seines Landes und wandte sich entschieden gegen das Projekt eines Kernkraftwerks in der Türkei, das von Russland gebaut werden soll. Wie so häufig waren einige Studenten gegen die Kernenergie, und andere hatten eine eher tolerante Einstellung dazu. Es war interessant zu erfahren, dass ein Student sogar Tschernobyl als Tourist besucht hat, um den Ort einmal mit eigenen Augen zu sehen.

Das dritte Thema war der zunehmende Nationalismus und Populismus in der EU. Aufgrund der politischen Lage hielt ich mich mit Kritik an der türkischen Regierung zurück, habe aber viel über die nationalistischen und illiberalen Tendenzen in Ungarn und Polen gesprochen. Die Studenten waren über die Probleme in diesen beiden Ländern recht gut informiert. Aber ich habe auch betont, dass Kritik an „Brüssel“ nicht automatisch mit Euroskepsis gleichzusetzen ist und dass der Integrationsprozess in Richtung eines gemeinsamen Europa nicht unsere jeweiligen nationalen Kulturen gefährden sollte. Es folgte eine lebhafte Debatte über die ungarisch-türkischen Beziehungen und die genaue Bedeutung des Begriffs „Nationalismus“. Einige der Studenten kamen aus EU-Ländern, was auch ein Beleg für den guten Ruf der IUE ist. Professor Bürgin rundete alle drei Sitzungen mit aufschlussreichen Schlussfolgerungen ab. Die Unterrichtssprache in seinem Studiengang der Europastudien ist durchweg Englisch, und wir sollten mit dieser progressiv eingestellten Universität unbedingt in Kontakt bleiben.

Es war wirklich eine sehr positive Erfahrung, diese talentierten und gut ausgebildeten jungen Studenten zu treffen, die in der Türkei unsere Werte teilen. Es ist zu hoffen, dass sie die Probleme ihres schillernden und tüchtigen Landes überwinden werden!

Gyula Hegyi

Gleitet Slowenien in den Populismus ab?

Als ich Mitte Mai im Auftrag des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments Ljubljana besuchte, war die idyllische Ruhe in den Cafés entlang des Flusses Ljubljanica überwältigend – aber möglicherweise trügerisch. Ich geriet in den Endspurt der vorgezogenen Wahlen am 3. Juni, die dritten seit 2011 und die neunten Parlamentswahlen seit der Auflösung Jugoslawiens. Darüber hinaus haben 20 Referenden zu allen möglichen Themen von der EU und der NATO-Mitgliedschaft bis zu Archivgesetzgebung, gleichgeschlechtlichen Ehen und Eisenbahnbau stattgefunden. War es Wunschdenken, dass eine der größten Zeitungen Schwedens das Land als „Lilla vänliga Slovenien“ (kleines freundliches Slowenien) bezeichnete (Svenska Dagbladet, 15.7.2011)?

Als ich an einer Podiumsdiskussion in der sozialwissenschaftlichen Fakultät zur Umweltpolitik der EU teilnahm, traf ich dort auf die gleiche Haltung, wie sie in Skandinavien üblich ist: Die EU wird gebraucht, um grenzübergreifende Umweltprobleme zu lösen, aber die EU agiert zu schwach. Ich zitierte Wikipedia, das die EU für das Übereinkommen von Paris lobt, aber dennoch feststellt, dass die Führungsrolle der EU innerhalb der Umweltpolitik geschwächt ist. In einer Übersicht des EPRS werden die EWU, die soziale Dimension, Migration, Sicherheit und Verteidigung als Themen genannt, die im Hinblick auf die Zukunft der EU nach dem Brexit erörtert werden – die Umwelt findet sich jedoch nicht darunter (Zukunft Europas. Umriss der derzeitigen Debatte, Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments, April 2018, PE 620.202).

Von besonderem Interesse waren die Ausführungen von Uroš Vajgl, der Vertreter Sloweniens im „heimlichen Machtzentrum“ der EU, dem AStV, war. Er erklärte, die EU investiere weniger Kraft in Umweltprobleme als beispielsweise in die Beschäftigung. Bei einem anschließenden Mittagessen mit Vajgl und anderen Diskussionsteilnehmern überraschte mich deren Kritik am Kommerzialisierung und eine allgemein linke Einstellung. Waren sie repräsentativ für die slowenische Bevölkerung? Die Wahlen am 3. Juni bedeuten der New York Times zufolge, dass ein weiteres europäisches Land nach rechts abdriftet. Und tatsächlich gewann eine rechtspopulistische Partei mit 25 % der Stimmen. Den zweiten Platz belegt jedoch eine neue Mitte-Links-Partei, die Liste von Marjan Šarec, den dritten Platz die sozialdemokratische Partei.

Trotz der schwachen Position der Grünen wurde ich gebeten, einen Vortrag auf der Grundlage meines Buchs *Green parties, Green future* (Plutobooks, 2015) zu halten. Einer der Zuhörer schenkte mir als Dank ein Buch mit dem Titel *The Slovenian Greens: From Early Success to Long-Time Failure* (von Danica Fink-Hafner, Matej Knep und Meta Novak, Faculty of Social Sciences, 2015). Als ich das Buch später Igor Jurišić, dem

Vorsitzenden der grünen Partei Stranka mladih, zeigte, war sein Kommentar, er habe das Buch noch nicht lesen können, der Titel sei aber zutreffend.

1990 erhielten die Grünen in Slowenien 8,8 % der Stimmen, 8 Sitze im Parlament und 5 Ministerposten. 2018 gelang es ihnen nicht, unter einem eigenen Namen anzutreten, sondern sie arbeiteten mit der Liste von Marjan Šarec zusammen. Fink-Hafner und Mitautoren nennen zwei Hauptursachen für den Niedergang: Es war ein Fehler, sich mit einer so neuen und schwachen Partei an der Regierung zu beteiligen und es gab zu viel Sektierertum, zu viele Austritte und Abspaltungen.

Das Beispiel Sloweniens zeigt, dass es für kleine Parteien wichtig ist, den Zeitpunkt für ein Regierungsexperiment mit Bedacht zu wählen. Es zeigt aber auch, dass der Fluch des Sektierertums im Zaum gehalten werden muss.

Unseren slowenischen Gastgeberinnen zufolge ist es unhöflich, Slowenien zu besuchen, ohne am Bleder See gewesen zu sein; deshalb fuhren meine Frau und ich dorthin. Als Vorbereitung las ich einen französischen Roman über ein Paar, das in die Bleder Idylle fährt. Dem Text auf der Buchrückseite zufolge handelt es von Momenten einer Liebe, die trotz der guten Absichten der Liebenden unerbittlich nachlässt und zu Ende geht (Clément Benech: *L'été slovène*, 2013). Ich hoffe, dass der Roman keine Prophezeiung für den Untergang des „kleinen freundlichen Sloweniens“ ist, sondern im Gegenteil zeigt, dass anständige Demokraten trotz allem die Zukunft in der Hand haben.

Per Gahrton

Es gibt kein Recht auf Abspaltung

Während meines Aufenthalts an der Europa-Universität Flensburg habe ich unter anderem an einem Kolloquium über das Selbstbestimmungsrecht von Völkern teilgenommen.

Die Organisatoren hatten Vertreter aus Katalonien eingeladen, die gekommen waren, um für das Unabhängigkeitsstreben dieser reichen spanischen Provinz einzutreten.

Eine der grundlegenden Fragen während der Diskussion war ein Vorwurf an die Europäische Union: Warum haben die europäischen Institutionen die katalanische Unabhängigkeitsbewegung nicht unterstützt?

Meine Antwort stieß auf wenig Gegenliebe. Wie hätte die Europäische Union die katalanische Unabhängigkeitsbewegung unterstützen können, wo doch die Mitgliedstaaten in der Präambel des Vertrags über die Europäische Union erklären, dass sie „entschlossen [sind], den Prozess der Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas [...] weiterzuführen“?

Der Vertrag sieht in Artikel 50 Folgendes vor: „Jeder Mitgliedstaat kann im Einklang mit seinen verfassungsrechtlichen Vorschriften beschließen, aus der Union auszutreten.“ Diese bittere Erfahrung macht gerade das Vereinigte Königreich.

Doch in dem Vertrag steht nirgendwo, dass ein Teil eines Mitgliedstaats das Recht hätte, auszutreten, oder sich über den Weg der „Selbstbestimmung“ abzuspalten. Wenn es in einem Mitgliedstaat eine politische Neuordnung geben sollte, dann wäre diese nur unter Achtung der verfassungsrechtlichen Vorschriften des Landes möglich.

Das Referendum über die mögliche Unabhängigkeit Schottlands wurde vom Parlament des Vereinigten Königreichs genehmigt. Die Teilung der Tschechoslowakei in zwei getrennte Staaten, die Tschechische Republik und die Slowakei, fand in dem damaligen politischen Rahmen statt.

Die Europäische Union ist verpflichtet, sich für den Schutz der Integrität aller ihrer Mitgliedstaaten einzusetzen. Eine Auflösung dieser Integrität kann sie nicht vorantreiben.

Zumal da das Verfassungsgericht des Königreichs Spaniens im Fall Katalonien bereits gegen das Unabhängigkeitsstreben der katalanischen Regierung entschieden hat.

Die Katalanen verfügen über eine eigene Kultur und Sprache; diese sind jedoch nicht in Gefahr. Im Rahmen der spanischen Verfassung haben die Katalanen mehr als genügend Handlungsmöglichkeiten, um ihre Identität zu verteidigen. Sie werden weder unterdrückt, noch leiden sie unter einer Diktatur. Ihr Traum von der Unabhängigkeit kann nur im Rahmen von Verhandlungen mit der Zentralregierung verwirklicht werden. Darüber hinaus haben die unterschiedlichen politischen Konsultationen gezeigt, dass das katalanische Volk hinsichtlich der Unabhängigkeit ihrer Provinz tief gespalten ist – fast die Hälfte möchte ein Teil Spaniens bleiben.

Das berühmte Recht auf Selbstbestimmung der Völker ist ein gefährlicher Wunschtraum, der den regionalen Egoismus noch weiter verschärfen könnte. Meistens sind Unabhängigkeitsbewegungen auf das Bestreben zurückzuführen, den „Reichtum“ der eigenen Region nicht mit den Mitbürgern anderer Regionen zu teilen, die als Faulenzer verunglimpft werden. So lautete die Argumentation der italienischen Lega Nord, der flämischen Parteien in Belgien und noch vieler anderer.

Es ist bezeichnend, dass nirgendwo in der Charta der Vereinten Nationen ein Recht auf Selbstbestimmung der Völker zu finden ist. Die Vereinten Nationen setzen sich für die „souveräne Gleichheit“ aller Staaten ein. Es ist vorgesehen, dass „aus dieser Charta [...] eine Befugnis der Vereinten Nationen zum Eingreifen in Angelegenheiten, die ihrem Wesen nach zur inneren Zuständigkeit eines Staates gehören [...] nicht abgeleitet werden [kann]“.

Erst nach der Entkolonisierung wurde in einer Resolution von 1952 das „Recht der Selbstbestimmung der Völker“ erwähnt. Doch sobald sich ein neuer Staat gebildet hatte, haben es die Vereinten Nationen stets abgelehnt, unilaterale Abspaltungen zuzulassen, wie im Falle von Katanga oder Biafra.

Robert Goebbels

US-FMC Hauptversammlung

Am 25. und 26. Juni 2018 fand in Washington die Jahresversammlung des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Kongresses der Vereinigten Staaten statt. Der Vizepräsident des VEM, Jan Willem Bertens, war zu dieser Jahresversammlung eingeladen.

Die Veranstaltung wurde mit Podiumsdiskussionen zu den Themen „Die Zukunft Europas“ und „Demokratie und Bürgerbeteiligung in den USA“ (The Future of Europe, Democracy and Civics) eröffnet.

Erörtert wurde unter anderem das Schicksal Europas, mit oder ohne Brexit. Nachdem mehrere Fragen gestellt wurden, äußerten sich der niederländische Botschafter Henne Schuwer und dessen belgischer Amtskollege, Dirk Wouters, ausführlich zum Thema. Moderiert wurde die Diskussion von Dr. Emily Tamkin, Auslandskorrespondentin bei BuzzFeed News.

Es sind nur noch 250 Tage bis zum Austritt Großbritanniens, und es herrscht immer noch keine Klarheit darüber, wie dieser Brexit ablaufen soll. Es gibt vier Szenarien: Einen sanften Brexit, mit dem eine Zollunion simuliert werden soll, in der es keine gegenseitigen Einfuhrzölle, wohl aber einen gemeinsamen Zollltarif für den übrigen Welthandel geben soll. Das bedeutet: keine separaten Handelsabkommen mit den Vereinigten Staaten, Australien und Neuseeland. Eine komplette Ablehnung würde für May das politische Aus bedeuten mit allen damit einhergehenden politischen Turbulenzen. Das wäre schlecht für die europäischen Unternehmen. Wichtig ist, dass Brüssel genug Raum für eine nicht vollständige Teilnahme am Binnenmarkt lässt und gleichzeitig gute Beziehungen zu einem strategischen Partner (USA?) zulässt.

Einen harten Brexit, falls die EU nach wie vor auf einer vollständigen Teilnahme am Binnenmarkt besteht, ohne dass die Möglichkeit einer Zollunion gegeben ist. Wenn Großbritannien in Brüssel nichts mehr zu sagen hat, aber verpflichtet ist, alle Vorschriften zu befolgen, würde dies zu einem Standard-Handelsvertrag führen. Soziale Unsicherheit und wirtschaftlicher Schaden nähmen zu. Es gäbe erhebliche Hindernisse an den Grenzen.

Wenn es keine Einigung über die irische Grenze gibt, gibt es keinen Deal. In diesem Fall gäbe es auch keinen Übergangszeitraum bis 2020, was natürlich zu Chaos im Verkehrssektor und bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln führen würde. Es wäre eine Billigung durch das Europäische Parlament, das Oberhaus und das Unterhaus erforderlich. Mit anderen Worten: ein Katastrophenszenario.

Ist ein „No Brexit“ möglich? Diese Option kann nur auf den Tisch kommen, wenn das VK auf alle Ausnahmeregelungen verzichtet: kein Rabatt mehr, keine Opt-Out-Möglichkeiten. Auch die britischen Politiker trauen sich erst dann, den Rückzug anzutreten, wenn sie das Gefühl haben, dass sie die Unterstützung ihrer Wähler haben.

Umfragen zufolge ist das Verhältnis zwischen Befürwortern und Gegnern etwa wie im Jahr 2016. D.h.: am 29. März 2019: Auf Wiedersehen, Großbritannien!

Der Titel der Diskussion über Demokratie und Bürgerbeteiligung: „The Republic is (still) at risk - and Civics is part of the solution“ (Die Republik ist (immer noch) in Gefahr - und Bürgerbeteiligung ist Teil der Lösung).

Ein Themenpapier zum Aspekt: „Democracy at a Crossroads National Summit“ (Demokratie am Scheideweg – nationaler Gipfel) ist im Sekretariat des VEM erhältlich. Der fesselnde erste Satz lautet: Die Amerikaner erteilen dem politischen System die Note ungenügend. Nur einer von fünf Amerikanern ist bereit, der Regierung in Washington auch nur „meistens“ zu vertrauen: Das ist der niedrigste Prozentsatz, der je registriert wurde!

Am 26. Juni legte Präsident Stearns seinen Bericht zur Rechenschaftslegung im US-Repräsentantenhaus (House Chamber) vor und trat bei dieser Gelegenheit von seinem Amt zurück, das er an (???) übertrug. Im Einklang mit den Gepflogenheiten stürmte Paul Ryan, Sprecher des Repräsentantenhauses, herein, um kurz (zwanzig Minuten) seine ehemaligen Kollegen zu begrüßen und bekannt zu geben, sehr bald Mitglied des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Kongresses der Vereinigten Staaten werden zu wollen (lauter Beifall).

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf verweisen, dass ich während des informellen Abendessens mit dem Vorstand des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Kongresses der Vereinigten Staaten als ehemaliger Diplomat inoffiziell meine Meinung zur Außenpolitik der Vereinigten Staaten oder besser gesagt, zur Außenpolitik von Präsident Trump geäußert habe. Rein zufällig hatte ich unlängst ein nicht unumstrittenes Buch von Ronan Farrow gelesen: „War on Peace: „The End of Diplomacy and the Decline of American Influence“ (Krieg dem Frieden: Das Ende der Diplomatie und der Niedergang des Einflusses der USA). Der Autor bedauert, dass das Außenministerium (State Department) mit jedem neuen Präsidenten mehr an Bedeutung verliert. Im Vergleich zum Jahr 2012 soll die Zahl der Diplomaten sich halbiert haben. Auf unserer jüngsten Studienreise traf ich einen amerikanischen Ex-Kollegen, einen Ex-Diplomaten aus Honduras, der mich durch die beiden gigantisch leeren Stockwerke des Außenministeriums führte. Im Übrigen machte er mich auf das Buch von Farrow aufmerksam.

Jan Willem BERTENS